



Crossing Germany

Bewegungen und Räume der Migration

Dossier

Heinrich-Böll-Stiftung

Berlin, Mai, 2012

MEDIENVIELFALT, ANDERS

Seit über vier Jahren führt die Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen der Studienförderung das Studienstipendienprogramm für Nachwuchsjournalistinnen und Nachwuchsjournalisten *Medienvielfalt, anders“ durch. Das Stipendienprogramm will Studierenden mit Migrationsgeschichte und dem Berufswunsch Journalismus die Chance eröffnen, sich gezielter auf den Berufseinstieg vorzubereiten. Es soll Networking, Austausch und Kontakte in den Journalismus ermöglichen und zur Vielfalt in den Medien als Bestandteil einer lebendigen Demokratie beitragen. Das Programm bietet gemeinsam mit den beteiligten Medienpartnern * taz, rbb, Deutsche Welle, Süddeutsche.de, Zum goldenen Hirschen, Tagesspiegel * ein studienbegleitendes Qualifizierungsprogramm zu handwerklichen Kompetenzen, Seminare zu medienpolitischen Themen, Studienreisen ins Ausland sowie Networking und Praktika bei den Medienpartnern an. Darüber hinaus haben wir eine Zusammenarbeit mit den Neuen deutschen Medienmachern und dem netzwerk recherche e.V.

<http://www.boell.de/stipendien/bewerbung/bewerbung-1724.html>

IMPRESSUM

Herausgeber

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
www.boell.de

Dossier-Redaktion: Steffi Dobmeier und Julia Brilling

Layout: Nell May www.nellmay.com

Direktlink: http://migration-boell.de/web/migration/46_3222.asp

V.i.S.d.P. Julia Brilling, MID-Redaktion, Heinrich-Böll-Stiftung
Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter eine Creative Commons Lizenz. Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

NAMENSNENNUNG

Sie müssen den Namen des Autors/der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.

KEINE KOMMERZIELLE NUTZUNG

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

WEITERGABE UNTER GLEICHEN BEDINGUNGEN

Wenn Sie das lizenzierte Werk verändern, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke nur unter Verwendung von identischen oder vergleichbaren Lizenzbedingungen weitergeben.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers.

Kontakt: MID-redaktion@boell.de

Lesen Sie den ausführlichen Lizenzvertrag unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

	Über das Dossier	05
Alexandra Duong	Sie wollen spielen Deutsch-türkisches Ensemble	08
Britta Veltzke	Der Traum von der DDR Vietnamesinnen und Vietnamesen in Ostdeutschland	11
Federica Guccini	„Die halten mich für volljährig“ Jugendliche Flüchtlinge in Niedersachsen	15
Lena Müller	Jahre des Umherirrens Europäische Asylpolitik	20
Lena Müller	Un samedi en begué – samstags in Europa Als Asylsuchende in Deutschland	25
Leyla Yenirce	Jeden Tag neue Gesichter Flüchtlingshilfe in Hamburg	29
Lisa Doppler	„Ich will nicht integriert werden“ Politische Flüchtlinge und ihr Leben im Lager	32
Pia Rauschenberger	Moscheedebatte in Frankfurt Beten und bauen	36
Radhika Natarajan	Zwei Welten durch die Sprachbrille Multilingualität einer Flüchtlingsfrau	40
Shida Bazyar	Verprügelt, beschimpft – und angeklagt Institutioneller Rassismus in Deutschland	44
Su-Ran Sichling	Deutsch ist nicht die Eintrittskarte Kunst als öffentlicher Raum	49
Vanessa Vu	Kurdistan, oh Kurdistan Kunst für Menschenrechte	54

Über das Dossier

Migration ist Bewegung, über Grenzen hinweg, von einem Raum in den anderen, von einem Kontext in den nächsten. Sie sieht immer anders aus, ist selten abgeschlossen. Oft hat Migration mit Flucht zu tun, aber nicht ausschließlich. Menschen sind in Bewegung. Sie bewegen sich von einem Ort zum anderen, sie bewegen etwas - und sie bewegen sich möglicherweise auch von etwas weg. Doch es gibt Grenzen: politische, rechtliche und kommunikative.

In den in diesem Dossier versammelten Reportagen, erzählen Betroffene von ihren Erfahrungen, Menschen erzählen von den Räumen, die sie verlieren und die sie sich neu erschaffen. Es sind Beiträge entstanden, die aus vielfältigen Perspektiven den Akteurinnen und Akteuren von Migrationsbewegungen Raum geben. Raum um ihre oft marginalisierte und ausgeblendete Geschichte zu erzählen, aber auch Raum, um auf Missstände im deutschen und europäischen Migrationsdiskurs hinzuweisen. Es geht dabei nicht nur um Bewegung, sondern auch um Veränderungen innerhalb Deutschlands, Wege in Deutschland, nach Deutschland oder auch um Wege aus Deutschland heraus.

Die Beiträge in diesem Dossier drehen sich um die Idee der Migration als Bewegung. Es werden mehrere Ebenen und vielschichtige Migrationsmodelle aufgezeigt, die die transnationalen und interdisziplinären Dynamiken von Migrationsprozessen reflektieren. Mit der Sichtbarmachung der Vielschichtigkeit von Migrationen wird ein kulturalistischer oder paternalisierender Blick vermieden und Migration aus kritischer Perspektive heraus als nicht-linearer Prozess dargestellt, als ein Spektrum an Prozessen mit einer Vielzahl von Akteur_innen und Wegen.

Entstanden ist dieses Dossier im Rahmen des Studienstipendienprogramms "Medienvielfalt, anders" der Heinrich Böll Stiftung. Die Stipendiatinnen wurden eingeladen zu einer Schreibwerkstatt, in der sie gemeinsam mit der Journalistin Steffi Dobmeier, ihre Texte erarbeiten konnten.

Julia Brillung
MID-Redaktion

Nursemin Sönmez und Christoph Heilmeier
Studienwerk Projekt „Chancengerechtigkeit“

Beiträge

Deutsch-türkisches Ensemble

Wie kann man Fremdes verstehen? Wie kann Bekanntes und Unbekanntes harmonieren? Im deutsch-türkischen Musikensemble LebiDerya verschwimmen Grenzen und Zugehörigkeiten. Alexandra Duong berichtet über vier junge Musiker in einem Mannheimer Multikulti-Viertel, die traditionelle türkische Melodien mit westlicher Harmonik vermischen und daraus etwas Neues erschaffen. Sie wollen miteinander musizieren und kommunizieren, denn: „Wie man Musik macht, sagt viel über einen Menschen aus.“

Vietnamesinnen und Vietnamesen in Ostdeutschland

Frei, aber arbeitslos: Dreiviertel der Vietnames_innen in der DDR gingen nach der Wende zurück. Bui Quang Huy blieb. Kaum jemand kennt die Community so gut wie der Vorsitzende des Vietnamesischen Vereins in Leipzig. Britta Veltzke besuchte für ihre Recherche das Dong-Xuan-Zentrum.

Jugendliche Flüchtlinge in Niedersachsen

Federica Guccini sprach im südniedersächsi-

schen Grenzdurchgangslager in Friedland mit vier afghanischen Flüchtlingen, die laut eigener Aussage minderjährig sind. Die Behörden sind anderer Meinung. Die Untersuchungsergebnisse einer Altersfestsetzung haben zur Folge, dass den Jungen der Schulbesuch und ein Platz im Wohnheim des Jugendamtes oder in Pflegefamilien verwehrt werden. Die Enttäuschung Deutschland aus Sicht einer jungen Flüchtlingsgeneration.

Europäische Asylpolitik

Die sogenannte Dublin-II-Verordnung schreibt Flüchtlingen vor, in dem Land Asyl zu beantragen, in dem sie europäischen Boden betreten. Was aber passiert, wenn Asylsuchende in ihren Ankunftsländern lebensbedrohliche Bedingungen vorfinden? Für den Text „Jahre des Umherirrens“ ging Lena Müller den Auswirkungen europäischer Asylpolitik auf das Leben Betroffener nach und sprach mit Herrn D. aus Côte d'Ivoire, der in Italien um sein Überleben kämpfen musste und dennoch wieder dorthin abgeschoben wurde, als er in Deutschland Zuflucht suchte.

Als Asylsuchende in Deutschland

Städte gelten als Knotenpunkte von Mobilität und Migration. In „Un samedi en begué - samstags in Europa“ unternahm Lena Müller einen Ausflug in die Provinz und traf dort Diane, eine von vielen, die in Deutschland Asyl beantragte und von der zuständigen Ausländerbehörde eine Wohnung in einer Gemeinde unter 10000 Einwohner_innen zugeteilt bekam. Sie sprachen über das spezielle Fremd-Sein auf dem Land und das Leben fernab der Anlaufstellen und Freundeskreise in den Städten.

Flüchtlingshilfe in Hamburg

Nicht jedem Menschen ist die Freiheit gewährt, selbst über seinen Aufenthaltsort zu entscheiden. Der Antrag auf Asyl wird in nur wenigen Fällen zugelassen. In dem Text „Jeden Tag

neue Gesichter“ beschreibt Leyla Yenirce die Arbeit von Menschen, die trotz systemkritischer Einstellung versuchen, professionelle Hilfe für Flüchtlinge zu leisten, obwohl sie gegen die Asylpolitik Deutschlands und Europas sind. Leylas Motivation: Sie wollte - als Neuhamburgerin und Deutsche mit Migrationsgeschichte - mehr darüber erfahren, wie sich Menschen vor Ort für Migrant_innen einsetzen.

Politische Flüchtlinge und ihr Leben im Lager

Die Reportage „Ich will nicht integriert werden“ handelt von Turgay Ulu, kommunistischer, politischer Flüchtling aus der Türkei. Trotz seiner Umstände - 15 Jahre Leben im Gefängnis und nun in einem niedersächsischen Flüchtlingslager -, arbeitet er weiter für eine andere Gesellschaft. Der Text von Lisa Doppler macht deutlich, dass Lebensgeschichten von Flüchtlingen, so unterschiedlich sie sind, nicht nur persönliche Geschichten sind sondern auch immer etwas über die Gesellschaft erzählen.

Moscheedebatte in Frankfurt

Eine Moschee soll gebaut werden, eine Bürgerinitiative formiert sich dagegen. Die Integrationsdebatte steht und fällt mit der Akzeptanz der Muslime. Dazu gehört, ihnen Raum zu geben, ihren Glauben zu leben. Mit dem Bau einer neuen Moschee wird dieser Raum in Anspruch genommen und die Möglichkeit ergriffen, sich in Deutschland zu beheimaten. Die Moscheedebatte in Frankfurt hat gezeigt, wie sensibel einige Gemüter auf diese Forderung reagieren. Pia Rauschenberger beschreibt die jahrelange Auseinandersetzung.

Multilingualität einer Flüchtlingsfrau

Shanthi blickt heute auf ein Vierteljahrhundert in Deutschland zurück. Geflohen ist sie aus Sri Lanka, mittlerweile arbeitet sie ehrenamtlich als Dolmetscherin und neuerdings als Integrationslotsin. Dass jede „Asylantin“ einen

einzigartigen, inneren schmerzlichen Weg zurücklegen muss, liegt auf der Hand. In dem Text von Radhika Natarajan deckt durch einen Blick durch die Sprachbrille die Vielschichtigkeit der sri-lankischen Gesellschaft auf und stellt die selbstgefällige Einsprachigkeit der deutschen Gesellschaft in Frage.

Institutioneller Rassismus in Deutschland

Rassismus steht im Alltag von Migrantinnen und Migranten auf der Tagesordnung - wenn er meist auch sehr subtil verläuft und nicht immer offen ist. Dass Rassismus nicht einzig das Thema von Stammtisch-Gesprächen ist, wird dann schmerzhaft deutlich, wenn sich auch Staatsorgane diesem Vorwurf stellen müssen. So häufen sich die Fälle, in denen sich auch Polizei und Justiz dem Vorwurf rassistischer Gewalt stellen müssen. Ein solcher Vorwurf wird derzeit im Amtsgericht Hannover diskutiert. Er steht exemplarisch für weitere Fälle, in denen deutschlandweit die Frage aufkommt: Werden Menschen in Deutschland wegen ihrer Herkunft kriminalisiert? Shida Bazayr hat den Prozess begleitet.

Kunst als öffentlicher Raum

Das Versprechen an Migrant_innen auf gesellschaftliche Teilhabe nach dem Erlernen der deutschen Sprache bleibt oft uneingelöst. Die spezifischen Belange migrantischer Themen sind im politischen Diskurs marginal vertreten. Schon immer war es Teil einer künstlerischen Praxis, durch alternative Strategien die Belange von Randgruppen sichtbar zu machen. Su-Ran Sichling hat sich auf die Suche nach einigen Beispielen gemacht.

Kunst für Menschenrechte

Wirya Budaghi ist Künstler und Menschenrechtsaktivist aus der kurdischen Provinz im Iran. Wie ein Scheinwerfer leuchtete er gemeinsam mit seiner Frau und Muse Kurdistan Zrar auf die Probleme seines Volkes, schaffte Dialoge und

verlieh den Stimmlosen eine Stimme - bis die iranischen Behörden ihn im letzten Jahr zunehmend unter Druck setzten. Er verließ sein Land und seine Frau. Heute ist er Asylbewerber in Bayern, zerfressen von Angst um seine Zukunft und gefangen in den Mühlen der Behörden. Vanessa Vu hat ihn besucht. Das Portrait eines vertriebenen Künstlers.

Alexandra

Duong

Deutsch-türkisches

Ensemble

Sie wollen spielen

Vier Männer, elf Instrumente, eine Leidenschaft: Sie nennen es Oriental Jazz. Das Ensemble LebiDerya aus Mannheim macht grenzüberschreitende Musik.

Muhittin Temel ist hochkonzentriert. Er beugt sich über sein Instrument. Es ist ein Kanun – eine türkische Harfe, die er sich zum Spielen flach auf den Schoß gelegt hat. Er beginnt, sie zu streicheln - so sieht es zumindest aus. Zarte Töne erklingen, begleitet von einem leisen Trommelrhythmus. Eine Trompete setzt ein, dann ein Saxophon. Die vier Musiker auf der Bühne wirken versunken und zugleich sensibel füreinander, reagieren auf ihre Mitspieler. Die Musik klingt fremd und vertraut zugleich. Es ist ein Abend im Dezember 2011, in einer Kirche in Ludwigshafen gibt die Gruppe „LebiDerya“ ein Benefizkonzert. Damit unterstützen sie ein Bildungsprojekt für Frauen in Afghanistan.

LebiDerya, das sind Kanunspieler Muhittin Temel, 31, Percussionist Joss Turnbull, 26, Jazztrompeter Johannes Stange, 24, und Saxophonist Stefan Baumann, 28. Sie machen seit drei Jahren zusammen Musik, die eine Mischung ist aus persischer und türkischer Tradition und westlicher Harmonik, vermennt in Jazz-Manier. Mal klingt sie ein wenig nach Balkanbeat, mal wie experimentelle Weltmusik. Auf ihrem ersten Album, „Orientation“, sind die verschiedenen Einflüsse ineinander gewebt, fü-

gen sich zusammen. Die neun Titel hören sich stimmig, verspielt, unverbraucht an. Mit dieser Musik sind sie auf Jazzfestivals und kleineren Bühnen in der Republik zu Gast. Letztes Jahr haben sie den südwestdeutschen Vorentscheid des Weltmusikwettbewerbs „creole“ gewonnen.

Proberaum und Wohlfühlort der vier Musiker ist die Orientalische Musikakademie Mannheim (OMM). Muhittin Temel hat die OMM 2008 mit gegründet, eine Musikschule und ein Zentrum für türkische und mittelöstliche Kultur – Kanun spielen kann man dort lernen, selbst eine arabische Laute bauen, Kurse in indischem Tanz nehmen oder an spirituellen Sufi-Sitzungen teilnehmen.

Durch die OMM haben sich Muhittin und Joss kennengelernt – Muhittin lehrt dort das Kanunspiel, Joss gibt Unterricht auf der Rahmentrommel, einer mit Fell bespannten Handtrommel. Joss lernte an der Musikhochschule in Mannheim, wo er Percussion studiert, den Jazztrompeter Johannes kennen. Der wiederum hat den gleichen Privatlehrer wie Stefan, der Saxophonist; die beiden kennen sich seit fünf Jahren.

Zuerst zusammen „gejammed“

„Ich habe Joss gefragt, ob er Lust hat, zusammen Musik zu machen“, erzählt Johannes. Die beiden seien sich sympathisch gewesen und interessiert an der Arbeit des anderen. Stefan kam hinzu, dann Muhittin. Alle vier hatten Erfahrung mit improvisierter Musik und Lust, gemeinsam zu spielen. Darüber hinaus konnten sie die Kombination mehrerer Instrumente ausprobieren: Joss besitzt verschiedene Trommeln, experimentiert gerne. Johannes beherrscht neben der Trompete das Flügelhorn, Stefan spielt auch Bassklarinetten. „Also haben wir erst mal gejammed“, sagt Johannes und grinst. Sie haben als Gruppe improvisiert und geschaut, was passiert, was sich entwickelt. Das erste Mal gemeinsam aufgetreten sind sie im Dezember 2009.

Wenn die vier zusammen spielen, klingt es nach einem zärtlichen Gespräch – sie stimmen sich

ein, loten aus, lassen einander Raum. Ihre Musik sei „nicht fertig“, sagt Stefan: „Wir bewegen uns vorsichtig aufeinander zu, tasten.“ Ein eher technischer Grund, der die Musik fragil klingen lässt: Das Kanun ist anders gestimmt als die übrigen Instrumente, außerdem fehlt dem Ensemble nach westlichem Harmonieverständnis ein richtiges Bassinstrument. „Aus dieser vermeintlichen Unzulänglichkeit haben wir etwas Neues entstehen lassen“, sagt Stefan.

Musikalisch hat es von Beginn an gefunkt. Wenn das Zusammenspiel greife, könne man sich dem kaum erwehren, so versucht es Stefan zu erklären. Andererseits: Jeder muss von den eigenen Ideen abweichen können. „Es geht darum, Verständnis füreinander zu entwickeln“, sagt Muhittin. Musizieren und kommunizieren: „Wie man Musik macht, sagt viel über einen Menschen aus.“

Das Kanun:

Das Kanun ähnelt im Aussehen einer Zither. Das Instrument ist aus Holz gebaut, trapezförmig und mit 63 bis 84 Saiten bespannt. In Klang und Spieltechnik ist das Kanun der Harfe vergleichbar. Beim Spielen liegt es auf dem Schoß des Musikers oder vor ihm auf einem Tisch. Die Saiten des Kanuns werden mit den Zeigefingern gezupft; oftmals mit Hilfe von Plektren (kleine dreieckige Plättchen). In der türkischen und arabischen Musik hat das Kanun eine ähnliche Funktion wie das Klavier in der klassischen europäischen Musik. Das Instrument kann an verschiedene Tonarten angepasst werden.

Verschiedene Länder, verschiedene Einflüsse

Alle vier seien stur, darin würden sie sich gleichen, sagt Stefan. „Aber wir haben unterschiedliche kulturelle Hintergründe – nicht nur, weil er Deutscher ist und ich Türke bin“, sagt Muhittin, deutet auf Johannes und lacht. Jeder der Musiker hat einen starken Charakter, bestimmte mensch-

liche Eigenheiten. Muhittin, in Izmir geboren und in Karlsruhe aufgewachsen, lernte durch die türkische Community in Deutschland die türkische Musikkultur kennen und lieben. Er ist der Ältteste der Gruppe, manchmal eine Art Papa, und ein politischer Kopf. Stefan, der Musikbusiness studiert hat, analysiert gern, kümmert sich um die Vermarktung von LebiDerya, übernimmt einen Großteil der Organisationsarbeit. Stefan und Johannes wurden in ihrer musikalischen Entwicklung durch den gemeinsamen Privatlehrer ähnlich geprägt. „*Johannes hat die Gabe, völlig in einer Sache zu versinken und sich extrem zu fokussieren*“, sagt Stefan. Er sei sehr geduldig, außerdem harmoniebedürftig. Joss, der das Trommelspiel von seinem Vater gelernt hat, sei ein Schöngest – sehr feinfühlig, detailversessen, experimentierfreudig.

Der Name „LebiDerya“ würde das Ensemble und dessen Musik erklären, sagt Muhittin Temel. Derya sei das osmanische Wort für Ozean. LebiDerya könne Strand bedeuten, „*am Rand des Ozeans*“, aber auch Kuss, Berührung, Sehnsucht, der Ort, wo sich zwei Welten treffen. Und wie im Ozean verschiedene Flüsse zusammenkommen, so kämen bei LebiDerya verschiedene Denkweisen und Musikverständnisse zusammen, um sich neu zu vermischen.

LebiDerya sei ein Raum, in dem jeder ein bisschen was abgeben müsse, sagt Stefan. Die vier haben mit der Zeit sehr viel Respekt füreinander entwickelt. „*Es ist eine menschliche Schule*“, sagt Johannes. Sie haben gelernt, mit den Schwächen der anderen umzugehen, zu streiten, sich zu versöhnen. Mittlerweile seien sie wie eine Familie, sagt Muhittin: „*Wie vier Cousins, die zueinander gefunden haben*.“ Der musikalische Kern der vier jungen Männer passt zusammen, sitzt tiefer als die Unterschiede zwischen ihnen. Und weil LebiDerya eine gemeinsame Richtung gefunden haben, machen ihre Unterschiede die Arbeit noch fruchtbarer.

Die Musikschule als Anlaufstelle

Die verbindende Kraft der Musik erlebt Muhittin auch bei seiner Arbeit in der OMM. Die Musikakademie liegt im Mannheimer Jungbusch, einem Viertel, in dem überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund, Arbeiter_innen, Student_innen und Künstler_innen leben. Als Beispiel nimmt Muhittin die bulgarischen Kinder, die mit ihren Familien im Zuge der EU-Erweiterung nach Deutschland gekommen sind. Sie seien „*planlos und irritiert*“, würden nur unregelmäßig die Schule besuchen. „*Wir können einige von den Kindern mit der Musik auffangen*.“ In der Orientalischen Musikakademie bekommen sie Unterricht, so wie auch die rumänischen und türkischen Jugendlichen. Die Eltern zahlen dafür nur so viel, wie sie können. Manche Kinder werden umsonst unterrichtet. „*Mit der Musik können wir die Kinder erden*“, erzählt Muhittin. Sie sei für sie ein Stückchen Heimat.

Mit dem Begriff „Integration“, so wie er in den Medien meist verwendet wird, kann Muhittin allerdings nichts anfangen – er hält die öffentliche Diskussion für „*sinnlos*“. Es gehe um gegenseitige Akzeptanz, nicht darum, sich einer Leitkultur unterzuordnen. Die Frage, so Muhittin, sei vielmehr: „*Was habe ich dieser Kultur geschenkt, und was habe ich von ihr bekommen?*“

Um so eine Wechselseitigkeit geht es bei LebiDerya. „*Wie kann ich mich, ohne stur zu sein, einbringen? So, dass es fruchtbar wird?*“, beschreibt Johannes die Herausforderung. Wo zwei Welten aufeinander treffen, will LebiDerya Brücken schlagen.

ALEXANDRA DUONG, 22, studiert in Mannheim Geschichte und Volkswirtschaftslehre. Sie findet LebiDerya spannend, weil sich in diesem Ensemble menschliches und musikalisches Zusammenspiel so fantastisch ergänzen.

**Britta
Veltzke**

**Vietnamesinnen
und Vietnamesen in
Ostdeutschland
*Der Traum von der DDR***

*Frei, aber arbeitslos: Dreiviertel der
Vietnames_innen in der DDR gingen nach
der Wende zurück. Bui Quang Huy blieb.
Ein Besuch im Vietnam Leipzigs.*

Die Tür steht offen. Der Tritt über die Schwelle gibt den Blick in den Klassenraum frei: Drei Reihen Schultische, unter denen man vergessene Pausenbrote vermuten könnte, die dunkelgrüne Tafel davor ist gewischt. Die Wände sind verziert mit Fotos von Fußball-Turnieren und tanzenden Mädchen auf girlandengeschmückten Bühnen. In der Ecke steht ein lebensgroßer Pappaufsteller einer Stewardess der Fluggesellschaft Vietnam Airlines. Hier, in Eutritzsch, einem Stadtteil von Leipzig, lernt die „zweite Generation“ Vietnamesisch. Bui Quang Huy tritt lächelnd aus seinem Büro in das kleine Klassenzimmer.

Herr Bui spricht langsam, ist bemüht jede Silbe deutlich zu betonen, wobei er den letzten Laut meist verschluckt. Er antwortet kurz - oft in Zahlen, als würde er sie zum x-ten Mal wiederholen: 50 Prozent der Leipziger_innen mit vietnamesischen Wurzeln seien zu DDR-Zeiten gekommen, der Rest danach. 70 Prozent davon stammten aus Nordvietnam, der Rest aus der Mitte und dem Süden. Viele, die nach der Wende nach Leipzig auswanderten, folgten ihren Familienmitgliedern. Woher er die Zahlen hat? Sie stammen nicht von der Stadt. Er schätzt sie, sagt er. „Das Leben hier ist besser – Vietnam ist ein armes Land“, erklärt Bui. Leipzig sei seine Heimat.

Kein kritisches Wort

Er kam mit 20 Jahren in ein Land, das er bis dahin nur aus der Zeitung kannte. „*Die Menschen in Vietnam träumten davon, einmal die DDR besuchen zu können*“. Die Lebensqualität im sozialistischen Bruderstaat galt als eine der Höchsten überhaupt. Das habe er schon in der Schule gelernt. Die besten Absolvent_innen durften nach Deutschland. Für ihn war die DDR das „*schönste Land der Welt*“. Daran änderte sich für Bui auch nichts, als er 1982 in Karl-Marx-Stadt – heute Chemnitz – ankam. Er bewunderte die Häuser – die Ordnung. Und, dass es genug zu essen gab. Als Schüler in Vietnam habe er oft bis zum Mittag nichts gegessen. Kein kritisches Wort über die DDR geht dem 52-Jährigen über die Lippen. Die Menschen seien freundlich und hilfsbereit gewesen. Nichts sei ihm eigenartig oder befremdlich erschienen. Alles fand er „*soviel besser*“. Ein Lachen fährt ihm durchs Gesicht, als er von seinem Betreuer im Wohnheim erzählt. Den Kontakt zu ihm hat er verloren.

Bui bekam Unterstützung als er sein Ziel erreichte. Er will etwas davon zurückgeben. Er hilft daher denen, die heute in Leipzig ankommen – Probleme haben mit dem Ausländeramt, sich nicht verständigen können, wenn sie krank sind oder die Kinder in der Schule nicht zurecht kommen. Die zwei Mitarbeiter, die Bui einmal unterstützen, kann sich der Verein nicht mehr leisten - seit April 2012 werden keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr finanziert. Ihre Stühle stehen akkurat vor den aufgeräumten Schreibtischen. Sie bleiben bisher leer. Er habe schon einen Antrag an die Stadt geschrieben, der Geld verspricht, um die Stellen wieder zu besetzen.

Die meisten der rund 3000 Leipziger_innen mit vietnamesischen Wurzeln vernetzten sich über den Verein, so Bui¹ „*Tradition ist sehr wichtig für uns*“, erklärt er. Sie feierten gemeinsam das Neujahrsfest, das Mondfest, das Kinderfest. Bei jährlichen Fußballturnieren träten Obst- gegen Gemüse- gegen Textilwarenhändler_innen an.

¹ <http://www.leipzig.de/de/buerger/service/ange>

Buis Büro, in dem die Fäden zusammenlaufen, liegt im „*Vietnam Leipzigs*“, so nennt manche Bürger_in das Dong-Xuan-Zentrum in einem Industriegebiet nördlich des Hauptbahnhofes, zwischen Bahngleisen und Bundesstraße: Es gibt zwei Markthallen, vietnamesische Restaurants, ein Reisebüro. Bui kennt hier fast jeden.

Viele der ehemaligen Vertragsarbeiter_innen seien heute selbstständig, erklärt Bui. Das liege an ihrem Unternehmergeist. Schon in der DDR-Zeit suchten sie sich ihre Nischen – stillten die Nachfrage, zum Beispiel nach Jeans, die heimlich genäht und verkauft wurden. Auch nach der Wende besetzten sie die Angebotslücken, die sich auftaten, nachdem die Planwirtschaft zusammengebrochen war. Sie eröffneten kleine Geschäfte für Lebensmittel, Blumen oder Kleidung. Bis heute gehören die vietnamesischen Läden zu Leipzigs Stadtbild, wie Gewandhaus und Messe.

Vertragsarbeiter_innen in der DDR:

- ab 1980 warb die Parteiführung der SED Vertragsarbeiter_innen aus sozialistischen Bruderstaaten, wie Vietnam, Kuba, Mosambik und Angola an.
- die größte Gruppe kam mit rund 700.000 Arbeiter_innen aus Vietnam
- ihre Aufgabe: sie sollten Produktionsengpässe ausgleichen
- zwölf Prozent ihres Lohns mussten sie zur „Entwicklung ihres sozialistischen Vaterlands“ abgeben
- zu Beginn ihres Aufenthaltes in der DDR durften die Arbeiter_innen nicht älter als 35 Jahre alt sein
- nach der Wende bekamen sie eine befristete Aufenthaltsgenehmigung in der BRD bis zu dem Zeitpunkt, der in ihrem Arbeitsvertrag vermerkt war. Wer gleich zurück ging, erhielt 3000 DM sowie das Flugticket

Die Geschäfte laufen schlecht

In der neuen Halle auf dem Gelände des Dong-Xuan-Centers, die 2002 fertig gestellt wurde, ist das Großhandelszentrum untergebracht. Hier kaufen Händler_innen die Waren für ihre Geschäfte. Die klassenzimmergroßen Verkaufsräume, in die man von den langen hellen Gängen aus sehen kann, bergen mal Mengen weißer Unterwäsche, mal Damenoberteile in knalligen Farben und Mustern. In manchen flimmert VTV4 – das Fernsehprogramm der vietnamesischen Community im Ausland. Viel los ist hier nicht. Es scheinen nur die Händler_innen selbst zu sein, die durch die Flure huschen. „Das Geschäft läuft nicht gut“, sagt Bui und geht durch eine der offenen Türen. Vier Männer in der Ecke erheben grüßend die Köpfe über ihren dampfenden Suppenschalen. Hinter einer Reihe von Topfpflanzen auf der Ladentheke kommt eine kleine Frau mit schwarzem Pferdeschwanz hervor. Auch sie ist eine ehemalige Vertragsarbeiterin. Sie schüttelt Bui die Hand. „Die Konkurrenz ist größer geworden, schon seit zwei Jahren verkaufe ich wenig.“ So bliebe ihr mehr Zeit zum Schlafen, sagt sie und lacht. Ihr Blick fällt auf den kleinen Schrein an der Wand hinter der Theke. In knalligem Rot heben sich die Schriftzeichen von der goldenen Oberfläche ab. Kleine pinke Papierlaternen hängen zu jeder Seite der verglommenen Räucherstäbchen in der Mitte. „Ich bete für Glück“, sagt die Buddhistin.

Zu kaufen gibt es die Schreine einige Meter weiter bei Tang Van The. Sie thronen auf dem Regal über Dosen mit Obst und Saft. Auch Tang kam vor 30 Jahren als Arbeiter in die DDR. Metalleitern habe er zusammengebaut, sagt er. Um nach der Wende der Arbeitslosigkeit zu entkommen, baute er sein Geschäft auf. Heute importiert er massenweise Klebreis, Gewürze - und eben Schreine.

Bui betritt die alte Halle aus rotem Backstein. Hier liegt der Quadratmeter-Mietpreis fünf Euro unter dem der Neuen. Das Dach wird gerade repariert, Plastikplanen schützen vor dem Staub der Baustelle. Leuchtstoffröhren spenden Licht, die Wände am Eingang sind mit Zetteln beklebt.

Es ist auffällig warm. In dem Raum rechts vor dem Gebläse, das die Wärme freigibt, bietet Le Thi Minh Nguyet ihre Waren an – Kleidung für Damen und Herren. Sie verpackte Damenbinden nachdem sie 1987 in Karl-Marx-Stadt angekommen war – ohne zu wissen, was sie da eigentlich eintütete. Binden, so etwas habe es in Vietnam nicht gegeben, flüstert sie leise. Sie winkt ab und sucht die Fotos ihrer Töchter, die mit ihr und ihrem Mann in Deutschland aufwachsen. „Die älteste ist 17 Jahre alt, sie geht aufs Gymnasium“, sagt sie stolz.

Integration unerwünscht

Wie Bui redet auch die Händlerin Le Thi nur gut über ihre Zeit in der DDR, obwohl die Parteiführung ausschließlich an der Arbeitskraft ihrer Gäste interessiert war. Ihre Integration war unerwünscht. So durften die Arbeiter_innen nur allein, ohne Begleitung ihrer Familienangehörigen, anreisen. Die Aufenthaltsdauer war auf vier Jahre beschränkt.¹ Sowohl die Arbeitsstätten als auch die Wohnheime waren, so gut es ging, nach Geschlechtern getrennt.

Liebe war verboten. Wurde eine Frau doch mal schwanger, blieb ihr die Wahl zwischen Heimfahrt und Abtreibung. „Die Parteiführung propagierte die Vertragsarbeit als sozialistische Bruderhilfe – zur Qualifizierung der Leute. Der Umgang mit den Arbeiter_innen sollte anders sein, als der mit den Gastarbeiter_innen in kapitalistischen Ländern“, erklärt Kristin Mundt, die für ihre Doktorarbeit das Leben der Vietnames_innen in der DDR erforschte. Als man aber ab 1987 immer mehr Arbeitskräfte anwarb, um die Fünfjahrespläne zu erfüllen, wurde dieses Vorhaben immer unglaubwürdiger. Man habe ihnen meist keine Ausbildung mehr zugestanden – „sie wirkten als reine Lohnarbeiter_innen“, so Mundt.

Heute bemüht man sich in Leipzig darum, die Bürger_innen vietnamesischer Herkunft

¹ <http://rimini-protokoll.de/materialbox/vung-bien-gioi/77-0-DDR+und+SRV.html>.

zu integrieren. Die Stadt finanziert schulübergreifende Klassen für „*herkunftssprachlichen Unterricht*“. Es habe sich gezeigt, dass sich Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule besser zurecht fänden, wenn sie ihre kulturellen Wurzeln nicht verlieren, begründet Christiane Brielmann von der sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig.

Die Reise nach Vietnam ist teuer

Auch die heimischen Politiker_innen geben sich Mühe ein gutes Verhältnis zu der Community zu pflegen – zumindest wenn es darum geht, sich bei den Veranstaltungen zu zeigen. Einige Fotos in Buis Büro zeigen den ehemaligen Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee, wie er die Hände einiger Vereinsmitglieder schüttelt. Zu jedem großen Fest lade man die Stadtverwaltung ein. Tiefensee sei immer gekommen, sagt Bui anerkennend.

In Anzug und mit Aktentasche steht Bui Quang Huy zwischen den Markthallen und dem grauen funktionalen Gebäude, in dem sich die Räume des Vereins befinden. Er hebt die Hand zum Gruß, als ein weißer Lieferwagen langsam an ihm vorbei fährt. Er muss zurück in seinen Laden – Geld verdienen. Der Flug nach Vietnam ist teuer und die Familie erwartet Geschenke.

BRITTA VELTZKE, 25 Jahre, studiert Journalistik an der Uni Leipzig. „Die Menschen mit vietnamesischen Wurzeln gehören zu Leipzig - seit 30 Jahren sind sie da und doch kommt es mir so vor, als lebe man aneinander vorbei.“ Das motivierte die Autorin sich mit der Community zu beschäftigen.

**Federica
Guccini**

Jugendliche Flüchtlinge in Niedersachsen „Die halten mich für volljährig“

Sie sind erwachsen – zumindest laut Aussage der Behörden. Vier jungen Afghanen wird nach einer Altersfestsetzung der Anspruch auf Jugendhilfe abgesprochen. Damit verlieren sie das Recht auf Schulbesuch und Pflegefamilie.

Ruhig ist es um die Mittagszeit in der süd-niedersächsischen Gemeinde Friedland. Die ersten Sonnenstrahlen des Jahres locken die Menschen aus ihren Wohnungen. Vor einem kleinen Häuserblock sitzen drei Männer auf einer Bank und unterhalten sich, eine junge Frau geht mit ihrem Sohn im Kinderwagen spazieren. Kinder spielen auf der Straße, eine ältere Frau beobachtet das Geschehen vom Fenster aus. Eine typische Wohnidylle? Nicht ganz. Es ist das Grenzdurchgangslager in Friedland, ein vorübergehender Wohnort für Flüchtlinge, die noch nicht einem Landkreis zugeteilt wurden.

3.781 Menschen nahm die Erstaufnahmeeinrichtung in Friedland im Jahr 2011 auf. Einer von ihnen ist Navid (Name von der Redaktion geändert). Der junge Flüchtling und seine Familie gehören den Hazara an - einer in Afghanistan verfolgten Volksgruppe. Navids Vater wurde ermordet, als Navid ein Jahr alt war. Daraufhin floh seine Mutter mit ihm und seinen beiden Brüdern in den Iran. Vierzehn Jahre hat Navid in Afghanistans Nachbarstaat verbracht. Als Hazara hatte er auch dort eine schwere Zeit, oft wurden seine Brüder und er von der Schule

ferngehalten. „Eines Tages hat uns die Polizei gezwungen, die Schule zu verlassen. Wir wurden über Nacht zu einem Camp gebracht“, übersetzt die Dolmetscherin aus dem Persischen. „Dort haben sie uns geschlagen und gefoltert.“ Daraufhin habe Navids Mutter beschlossen, dass er fliehen soll. „Ich habe hart gearbeitet, um mit dem gesparten Geld nach Deutschland zu kommen“, erzählt Navid. Der Weg sei gefährlich gewesen, die Hoffnung auf ein besseres Leben dafür umso größer. Doch hier muss er sich nun mit den Behörden um sein Alter streiten. „Immer werden mir Steine in den Weg gelegt“, sagt Navid seufzend.

Altersfestsetzung macht Jugendliche zu Erwachsenen

Der Jugendliche ist laut eigener Aussage 16 Jahre alt, die Behörden glauben ihm nicht. Wäre er mit seinen Eltern nach Deutschland gekommen, hätte kein Zweifel an seinem Alter bestanden. Doch ohne Verwandtschaft und Papiere kann Navid sein Alter nicht beweisen. Deshalb musste er zu einer Untersuchung für Altersfestsetzung, um mithilfe von Befragungen und medizinischen Untersuchungen das ungefähre Alter von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen feststellen zu lassen. Danach stand für die Behörden fest, dass Navid volljährig ist.

Auch bei Walid (Name von der Redaktion geändert) musste das Alter in einer ärztlichen Untersuchung festgestellt werden. „Ich fand das furchtbar“, sagt er. Die Untersuchung habe ihn sehr gestört. Zur Bestimmung des Alters röntgen Mediziner die Weisheitszähne, das Schlüsselbein oder die Handwurzelknochen. Mitunter überprüft der Arzt auch die Entwicklung der äußerlichen Geschlechtsmerkmale. „Ich musste mich ausziehen, das war echt unangenehm“, erzählt Walid.

Dass das genaue Alter eines Menschen mit einer solchen Untersuchung festgestellt werden könne, glaubt er nicht. „In Afghanistan arbeiten wir als Kinder, deshalb sehen wir natürlich robuster aus.“ Außerdem habe er Babys gesehen, die mit

Zähnen geboren worden seien. „Wenn man bei denen später mal eine Zahnuntersuchung macht, wie viel älter werden die dann wohl geschätzt?“

Die Behörden seien in der Lage, mithilfe von strikterer Alterseinschätzungen die Zahl der Jugendlichen zu reduzieren, die von den Jugendämtern in Obhut genommen werden müssen, schreibt der Flüchtlingsrat in seiner Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen. Oft sei daher nicht der Förderbedarf der Flüchtlinge ausschlaggebend für die Alterseinschätzung und für die Ermittlung des Jugendhilfebedarfs, sondern die eingeschränkten Aufnahmemöglichkeiten der Ämter. Wird festgestellt, dass der unbegleitete Flüchtling keiner Jugendhilfe bedarf, wird er an eine Landesaufnahmebehörde weitergeleitet.

Grenzdurchgangslager Friedland:

Neben Braunschweig gehört das Grenzdurchgangslager Friedland (GDL) zu einer der beiden einzigen Erstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen. Die im Landkreis Göttingen liegende Einrichtung wurde am 20. September 1945 gegründet und hat seitdem mehr als 4 Millionen Menschen aufgenommen, weshalb sie auch als „Tor zur Freiheit“ bezeichnet wird. Ein hoher Anteil der aktuell in Friedland lebenden Flüchtlinge sind deutsche Minderheiten aus Ost- und Südeuropa – sogenannte Spätaussiedler_innen. Denn das GDL ist deutschlandweit die einzige Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler_innen und ihre Familienangehörigen.

Geburtsurkunde per Facebook: ohne Papiere kein Beweis

Bei seiner Ankunft hat Walid angegeben, dass er 16 Jahre alt ist. Aber das konnte er nicht beweisen. „Die halten mich für volljährig“, sagt er. Seine Geburtsurkunde befindet sich in Afghanistan bei seinem Onkel, der mit seiner Mutter zusammenlebt. Eine Kopie hat er per Facebook erhalten, sie befindet sich jetzt beim Anwalt. „Ich bin nur

bis zum dritten Jahr in die Schule gegangen und kann meine eigene Geburtsurkunde nicht lesen“ sagt Walid. „Woher soll ich dann wissen, wie alt ich bin?“

Die Geburtsurkunde des 17-jährigen Sami (Name von der Redaktion geändert) ist bei einem Umzug verloren gegangen. Mit 16 Jahren hat er Afghanistan verlassen, nun wohnt er seit drei Monaten im Grenzdurchgangslager in Friedland. Als er nach Deutschland kam, habe man ihm beim Jugendamt gesagt, dass er aufgrund fehlender Papiere für eine Altersfeststellung untersucht werden müsste. „Das ist dann aber nicht passiert“, erzählt Sami. „Man hat mich einfach so für erwachsen befunden.“ Erst der Anwalt konnte eine Untersuchung durchsetzen. Auf das Ergebnis wartet Sami noch.

Tränen und Postkarten: von der Pflegefamilie zurück ins Lager

„Ich bin gerade erst siebzehn Jahre alt geworden“, beteuert Mehran (Name von der Redaktion geändert). Er zupft unruhig an seiner Lederjacke und kippelt mit seinem Stuhl. Er wirkt gestresst. Dass die Behörden ihn für einen Lügner halten, kränkt den jungen Flüchtling. Doch Mehrans Ehrlichkeit ist nicht alles, was in Folge der Altersfestsetzung auf dem Spiel steht.

Mit Volljährigkeit entfällt für Flüchtlinge der Anspruch auf Jugendhilfe. Das Jugendamt kann sie nicht in Obhut nehmen oder an Pflegefamilien vermitteln. Manchmal werden die Schützlinge ihren Pflegefamilien regelrecht entrissen.

Davon kann Mehran ein Lied singen. Drei Monate hat er in einer Pflegefamilie im nah gelegenen Göttingen gewohnt. Doch im März kam das Ergebnis der Altersfestsetzung: Mehran ist volljährig. Zumindest laut Aussage der Behörden. Mehran musste die Familie verlassen, er wurde zurück ins Grenzdurchgangslager in Friedland gebracht. In der Familie habe er sich sehr wohl gefühlt, trotz anfänglicher Sprachbarrieren. „Ich konnte nichts verstehen und sie mich natürlich

auch nicht“, erzählt er. „Aber als ich dann gehen musste, haben wir alle geweint.“

Einmal die Woche würde ihn das ältere Paar besuchen, manchmal bekomme er Postkarten. Sein Pflegevater hatte ihm sogar einen Job in seiner Firma angeboten. „Sie sind wirklich sehr hilfsbereit und engagiert“, sagt Mehran dankbar. „Und sie hätten mich gerne bei sich behalten.“

Der Job, die Familie – das alles wird Mehran nun verwehrt. Sein Leben in Friedland sei bedrückend. „Ich bin verunsichert“, gibt er zu. „Ich weiß nicht, wohin ich komme, in welche Stadt, in welchen Ort. Vielleicht muss ich auch wieder nach Italien.“ Denn auf seiner Flucht von Afghanistan nach Deutschland kam Mehran unter anderem durch Italien. Dort hat er bei den italienischen Behörden einen Fingerabdruck hinterlassen. Deshalb ist es möglich, dass als Erstaufnahmeland nicht Deutschland, sondern Italien für ihn zuständig ist. „Am liebsten würde ich natürlich in Göttingen bei meiner Pflegefamilie bleiben“, sagt er.

Verwehrt Schulbesuch

Auch Walid, der sich mit Mehran und Navid in Friedland ein Zimmer teilt, wäre lieber in Göttingen geblieben. Dort hat er zunächst für drei Monate in Obhut des Jugendamtes im Heim gewohnt. Doch seit seiner Altersfestsetzung vor etwa zwei Monaten muss er wieder in Friedland wohnen. Einige seiner Freunde aus dem Heim wohnen inzwischen in einer eigenen Wohnung im Göttinger Stadtteil Geismar. „Warum sollen wir Lügner sein und die nicht?“, fragt er wütend. „Was haben wir denn getan, dass wir das nicht haben dürfen? Die haben ein besseres Leben, das will ich auch.“

Zu einem besseren Leben gehört für die vier Flüchtlinge auch der Schulbesuch. „Wir mussten im Heim nur sauber machen und aufräumen“, berichtet Walid. „Wir haben den Betreuern gesagt, dass wir Deutsch lernen wollen. Doch die haben das immer aufgeschoben.“ Er würde gern zur Schule gehen und studieren. „Was

ist denn der Unterschied, ob ich minderjährig oder volljährig bin?“, fragt er verwundert. „Ich möchte mich einfach nur frei entwickeln können.“ Tatsächlich sehe das Sozialgesetzbuch „im Bedarfsfall ausdrücklich Hilfen über das 18. Lebensjahr hinaus“ vor, heißt es in der Broschüre des Flüchtlingsrates. Nur werde für über unbegleitete Flüchtlinge über 16 Jahren „erstaunlich selten“ Jugendhilfebedarf bestätigt.

Mehran ist der einzige der vier jungen Afghanen, der für kurze Zeit in die Schule gehen durfte. Der Unterricht an einer Abendschule mit neun anderen Jungen habe ihm Spaß gemacht. „Eigentlich darf ich nicht mehr hingehen“, erzählt er und fügt grinsend hinzu: „Ich tue es trotzdem.“

Auch Navid darf wegen der Untersuchungsergebnisse der Altersfestsetzung nicht in die Schule gehen und muss bis zu einer endgültigen Entscheidung im Grenzdurchgangslager in Friedland leben. Deshalb lernt er privat mit anderen Flüchtlingen Deutsch. Inzwischen kann er sich in der fremden Sprache einigermaßen verständlich machen. „Ich bin sehr lernhungrig“, begründet er seinen Lernfortschritt. „Ich möchte mich weiterbilden.“ Er habe trotz seiner schrecklichen Kindheit und unangenehmer Erfahrungen grundsätzlich eine positive Einstellung zu seinem Leben. „Ich möchte nicht nur Gutes für mich tun, sondern auch für die Gesellschaft.“

Sami lernt einmal die Woche Deutsch mit einer Lerngruppe im Grenzdurchgangslager. Das Leben in Deutschland hat er sich etwas anders vorgestellt. Für ihn sei Deutschland eigentlich ein Land gewesen, in dem Menschenrechte einen hohen Stellenwert haben. „Wenn das stimmt, sollten wir doch auch wie Menschen behandelt werden“, findet er. „Gleichberechtigung ist das jedenfalls nicht.“

Grenzdurchgangslager Friedland: ein „goldener Käfig“

Sie möchten ein Leben ohne Krieg. Eine Umgebung ohne Furcht und Angst. Einfach ein Leben. „Gutes Essen haben wir schließlich schon

in der Heimat bekommen“, scherzt Mehran. Doch sein Gesicht wird schnell wieder ernst: „Wir sind wegen der Sicherheit hier.“ Zur Erinnerung an seine Heimat trägt er die afghanische Flagge als Kette um den Hals. Ob er jemals wieder einen Ort sein Zuhause nennen kann, weiß er nicht. „Wir verbringen unsere besten Jahre in Ungewissheit“, sagt er. Sein Wunsch für die Zukunft ist es, ein positiver Mensch zu werden. „Wenn wir ständig deprimiert sind, macht uns das später vielleicht zu schlechten Menschen“, meint Mehran. „Das will ich nicht.“

Sami fängt bei seinen Wünschen lieber klein an: Er kann sich eine berufliche Laufbahn im kaufmännischen Bereich vorstellen. „Businessman“, nennt er das. Eine Mitgliedschaft in der Stadtbibliothek hätte er auch gerne. Mehran lacht. „Lern erstmal Deutsch, dann kannst du Bücher ausleihen“, scherzt er wohlwollend.

Sie hätten doch eigentlich nicht besonders viele Wünsche, findet Walid. Er versteht nicht, wieso er nicht behandelt werden kann wie andere Menschen auch. „Wir sind Kriegskinder, wir hatten große Erwartungen an Deutschland“, erklärt er seine Enttäuschung. „Aber hier sind wir benachteiligt. Ich sehe keine Zukunft.“ Auch Navid ist skeptisch. „Unsere Wünsche sind doch eigentlich schon begraben“, befürchtet er. „Aber ich hoffe, dass sich das Gesetz ändert, damit andere minderjährige Flüchtlinge es einfacher haben.“

Die Idylle, die der äußere Blick auf die Flüchtlingswohnanlagen verspricht, können die vier Jungen nicht genießen. Zu groß sind ihre Sorgen und Probleme. Ein unbeschwertes Leben scheint noch weit entfernt. Dabei sei ihr Zimmer eigentlich ganz hübsch. „Die Zimmer hier sind sauber und ordentlich“, sagt Walid. „Aber ein Lager ist es eben trotzdem.“ Sie seien dankbar, dass sie in Deutschland ein sicheres Leben ohne Beleidigungen und Verfolgung führen können. Nur Möglichkeiten, ihr Leben zu entfalten, hätten sie nicht. „Wir leben in einem goldenen Käfig“, erklärt Mehran. „Wir sind sicher, aber nicht frei.“

FEDERICA GUCCINI ist 21 Jahre alt und studiert Ethnologie und Ägyptologie an der Universität Göttingen. „Ich finde es furchtbar, wie unmenschlich mit Flüchtlingen umgegangen wird“, begründet sie ihr persönliches Interesse am Thema Asylpolitik. „Menschen, die ohnehin schon so viel Schreckliches erlebt haben, sollten nicht vor noch mehr Hürden gestellt werden.“ Auf das Problem der Altersfestsetzung wurde sie bei einer Veranstaltung zur niedersächsischen Asylpolitik der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen aufmerksam. Über die Caritasstelle in Friedland wurde sie an die vier Protagonisten vermittelt.

**Lena
Müller**

Europäische Asylpolitik Jahre des Umherirrens

Das Dublin II- Abkommen schreibt Flüchtlingen vor, in dem Land Asyl zu beantragen, in dem sie europäischen Boden betreten. Herr D. aus Côte d'Ivoire fand in Italien lebensbedrohliche Bedingungen vor. Nun kämpft er um ein Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Wenn Herr D. erzählt, wie er nach Deutschland kam, muss er weit ausholen. Er hat eine lange Reise hinter sich, die auch seit seiner Ankunft in Europa kein Ende findet.

Ende 2008 verließen wir Libyen in einem Boot. Am sechsten Tag unserer Reise hat das Rote Kreuz uns aufgenommen und nach Lampedusa gebracht. Es gab nicht genug Platz in den Camps. Das Militär errichtete Zelte, um die Menschen unterzubringen. Wir mussten unsere Fingerabdrücke abgeben und sie fragten uns nach Namen, Herkunftsland, Geburtsstadt und Alter. Dann wurden wir mit einem Flugzeug der UNO in eine kleine Stadt in der Nähe von Mailand gebracht. Dort mussten wir draußen schlafen. Wenn du deine Matratze liegenlässt, findest du sie nicht wieder. Nach vier Tagen hielt ich es dort nicht mehr aus und habe meinen Platz aufgegeben.

Leben auf der Straße

Ich ging nach Mailand, wo ich auf der Straße lebte. Als dann der erste Schnee

fiel, fragte ich bei der Caritas nach einem Schlafplatz, aber dort gab es keine freien Plätze. Zweimal habe ich versucht, das Land mit dem Zug Richtung Frankreich zu verlassen, aber bei den Kontrollen haben sie mich jedes Mal aus dem Zug geworfen. So blieb ich in Mailand auf dem Bahnhof. Ich versuchte, als Kofferträger Geld zu verdienen und schlief auf Bänken. Jede Nacht um Mitternacht verjagt die Polizei alle und ich wartete draußen, bis um 5 Uhr morgens der Bahnhof wieder aufmachte. Dann legte ich mich so bis 10 Uhr wieder auf eine Bank und ging dann wieder Koffer tragen. Eines Tages, im Januar 2009, konnte ich mich plötzlich nicht mehr bewegen. Ich habe mich sehr schlecht gefühlt, fast wie gelähmt. Als die Polizei mich verjagen wollte, habe ich gesagt, dass ich schon fast tot bin. Sie haben einen Krankenwagen gerufen und mich ins Krankenhaus gebracht. Dort bin ich acht Tage geblieben und hatte zum ersten Mal ein Dach über dem Kopf. Sie sagten mir, dass ich Masern habe. Als ich wieder gesund war, hat mich ein Krankenwagen zurück zum Hauptbahnhof gebracht, dorthin, wo sie mich mitgenommen hatten. Als ich das gesehen habe, ist mir alles zu viel geworden und ich wollte nur noch nach Hause. Ich bin zur Polizei gegangen und habe ihnen gesagt, dass ich gekommen bin, weil ich in meinem Land nicht bleiben konnte, aber dass es hier noch schlimmer ist. Sie haben gesagt: „Du wolltest nach Europa und das hier ist Europa.“ Ich musste etwas tun. Alle, die ich kannte, gingen hierhin und dorthin und so habe auch ich versucht, wegzugehen.

Erste Ausreise, Rückkehr, erneuter Versuch

Herr D. reist in die Schweiz aus und stellt dort einen Asylantrag. Nach einigen Monaten wird er aufgefordert, das Land zu verlassen, weil in Italien für ihn keine Gefahr bestehe.

Als ich Ende 2009 in Rom ankam, fragten mich die Grenzpolizisten am Flughafen, warum ich Italien verlassen hätte. Ich antwortete, dass ich kein Dach überm Kopf hatte und erst recht kein Bad, um mich zu waschen. Und dass ich im Schnee saß, dass ich Brüder gesehen habe, die im Schnee erfroren und dass ich nicht auf der Straße sterben möchte. Sie erwiderten, dass es auch italienische Staatsbürger gibt, die draußen schlafen. Ich könne aber einen zweiten Asylantrag stellen. Sie stellten mir ein Papier aus, mit dem ich für drei Monate in Rom bei der Caritas unterkommen sollte. Nach einer Woche hat mir der Verantwortliche dort gesagt, dass es zu viele Menschen in Not gäbe und setzte mich wieder auf die Straße. Ich habe meine Sachen wegwerfen müssen, weil ich sie nicht mit mir rumtragen konnte. Zum Winteranfang bin ich nach Rosarno in Süditalien gefahren, um mich wie viele andere dort durchzuschlagen. Ich habe es wie die anderen gemacht: Ich habe auf einer Brache, die wir das Ghetto nannten, ein Zelt gebaut und mich morgens an die Straße gestellt, um Arbeit auf den Orangenplantagen zu finden. Wir standen an einer großen Straße und wenn Autos anhielten, liefen wir hin, damit sie uns nehmen. Wenn wir bis 10 Uhr nicht eingestellt wurden, gingen wir in die Stadt, um dort in den Mülltonnen nach brauchbaren Dingen zu suchen.

Dublin-II-Abkommen:

- Am 18. Februar 2003 trat die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 in Kraft, bekannt als Dublin-II-Verordnung
- Die Zahl der angenommenen Asylanträge ist seit Einführung der Verordnung stark zurückgegangen. Sie sank zwischen 2002 und 2011 um 42% von 91.471 auf 53.347
- 2011 stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 9400 Ersuche auf Überstellung in ein anderes Land der EU, von denen 2905 tatsächlich durchgeführt wurden

(cont.)

- 2011 kam es zu insgesamt 10.822 Abschiebungen, fast jede vierte Abschiebung wurde im Rahmen von Dublin-II durchgeführt
- 2011 wurden 635 Personen nach Italien im Rahmen von Dublin-II abgeschoben

Rassistische Übergriffe

Wenn die Einwohner von Rosarno uns sahen, sagten sie oft Dinge wie: „Ihr „bambolas“ (Schimpansen), ihr werdet einer nach dem anderen sterben, bis Italien wieder frei sein wird.“ Wenn du als Schwarzer in einen Bus gestiegen bist, haben sich alle weggesetzt oder sind aufgestanden, um dir nicht zu nahe zu kommen. Ende Dezember ist dann ein alter Mann von 60 - 65 Jahren gekommen und hat in die Menge geschossen. Es war gegen 9 Uhr morgens und wir standen an der Straße. Er hat angehalten und wir dachten, dass er Arbeit hat, aber als einige zu seinem Auto liefen, hat er sein Gewehr genommen und geschossen. Es gab Tote und Verletzte. Die Carabinieri kamen und haben die Verletzten ins Krankenhaus nach Cortona gebracht, weil die Menschen in Rosarno keine „Schimpansen“ in ihrem Krankenhaus wollten. Wir wollten wissen, was denn überhaupt los sei. Die Carabinieri antworteten, dass Migranten Orangen geklaut hätten. Orangen, wofür das? Um sie zu verkaufen? Dieser Alte hat drei Menschen wegen ein paar Orangen getötet. Keine Woche später bin ich mit einigen Freunden in die Stadt gegangen. Wir waren zu sechst, hatten den Müll durchsucht, uns dann müde auf einen Platz gesetzt und unterhalten. Dreißig Menschen überfielen uns mit Steinen und Macheten. Wir konnten fliehen und haben im Ghetto davon erzählt. Die Alten unter uns haben gesagt: „Jetzt reicht es. Genug ist genug. Wir haben zu viel geredet, aber nun werden wir handeln.“ Wir haben also entschieden zu streiken und uns ihnen entgegen zu stellen, anstatt uns

einer nach dem anderen töten zu lassen. Wir waren zwischen 500 und 700, aus unterschiedlichen Ländern, aus Westafrika, Zentralafrika, Marokko, Tunesien. Wir sind auf die Straße gegangen und vom Ghetto bis zur Stadt gelaufen. Die Einwohner waren auch auf der Straße, alle, sogar die Kinder. Sie haben uns nicht in die Stadt gelassen. Wir riefen: „Italia racista! Italia racista!“ Wir wollten wissen, warum unsere Freunde sterben mussten. Aber es gab keine Antwort. Sie waren gekommen, um „Schimpansen“ zu jagen. Als der Bürgermeister versuchte, die Menschen zu beruhigen, haben sie auch auf ihn geschossen. Wir haben Barrikaden aus brennenden Reifen auf der Hauptstraße errichtet. Die Einwohner waren bewaffnet, hatten Jagdgewehre, Pistolen, Macheten. Unsere Waffen waren Steine. Das Militär war vor Ort, die Polizei, viele Journalisten. Ich hatte Angst und musste mich retten. Ich habe den Bahnhof erreicht, bin in einen Zug gestiegen und nach Deutschland geflohen.

Einreise nach Deutschland und Abschiebung

Im Januar 2010 kommt Herr D. in Berlin an. Er lebt eine Zeit in einem Heim für Asylsuchende. Die deutschen Behörden warten ab, dass sich die Situation in Italien wieder beruhigt, lassen aber keinen Zweifel daran, dass sein Aufenthalt in Deutschland nur vorübergehend sein kann. Einen Asylantrag kann Herr D. nicht stellen, da im Rahmen des Dublin-II-Abkommens Italien zuständig ist, obwohl Herr D. mehrfach betont, dass in Italien sein Leben in Gefahr war. Im Oktober 2011 kommt Herr D. in Abschiebehaft und wird nach Italien abgeschoben. Wieder ist der Bahnhof in Mailand sein einziger Anlaufpunkt.

Es war kalt und regnete ununterbrochen. Ich saß da, müde und erschöpft und dachte mir, solange ich noch ein wenig Geld in der Tasche habe, muss ich es versuchen. Ich habe im Stehen geschlafen und bin um 5 Uhr zum Polizeipräsidium. Dort warteten schon viele Menschen. Als ich gegen 10 Uhr in ein Büro gerufen wurde, sollte

ich nur einige Papiere unterschreiben. Ich habe sie gefragt, was dort stehe und einer, der mich ein wenig verstand, meinte, dass dort stehe: „Gute Reise dorthin, wo du hergekommen bist.“ Gott sei Dank hatte ich noch ein wenig Geld und habe mir Brot und ein Bier gekauft und bin draußen im Regen geblieben. Morgens habe ich entschieden, wieder in den Zug nach Deutschland zu steigen. Die „Krise Schengens“

Am 8. September 2009 entschied das Bundesverfassungsgericht erstmals, Abschiebungen in ein Land des Schengenraums auszusetzen. Damals war es die Situation von Asylsuchenden in Griechenland, die das Gericht bewog, entgegen den Richtlinien des Dublin-II-Abkommens zu entscheiden, da die menschenrechtlichen Rahmenbedingungen des Abkommens nicht erfüllt seien. Seitdem wird aus Deutschland bis auf weiteres nicht nach Griechenland abgeschoben. Möglich wurde diese Entscheidung auch durch die engagierte Dokumentations- und Informationsarbeit von Flüchtlingsorganisationen.

In dieser Entscheidung tritt die Problematik des Dublin-II-Abkommens deutlich zu Tage. Wissenschaftler_innen vom Netzwerk für kritische Migrationsforschung sprechen von einer „Krise Schengens“¹ die darin Ausdruck finde, dass ein Großteil der Aufnahme und der Durchführung von Asylverfahren von den Ländern am südlichen Rand der EU getragen wird, die gleichzeitig sich in der Euro- und Schuldenkrise in prekären finanziellen Lage befinden. Bisher weigerten sich Länder ohne eigene EU-Außengrenze wie Deutschland und Frankreich, Konsequenzen aus der Situation von Asylsuchenden in diesen Ländern zu ziehen und mehr Menschen aufzunehmen. Gleichzeitig setzten Länder wie Italien ihre Rolle strategisch ein und versuchten, die humanitären Katastrophen medial zu instrumentalisieren, um den Druck auf die nördlichen Staaten der EU zu erhöhen. Migration werde dabei zu einem „*Unterpfand*“ in den Verhandlungen inner-

halb der EU-Staaten, so die Wissenschaftler_innen weiter.

Dass eine Aussetzung von Abschiebungen nach Italien notwendig wäre, daran besteht für zahlreiche Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen kein Zweifel. So dokumentiert ProAsyl in einem ausführlichen Bericht² von März 2011 die äußerst schwierigen Lebensbedingungen von Asylsuchenden dort. 88 Prozent der Personen, die im Rahmen des Dublin-II-Abkommens nach Italien abgeschoben werden, seien nach ihrer Ankunft obdachlos und könnten mit keinerlei Unterstützung für der Durchführung eines rechtmäßigen Asylverfahrens rechnen.

Die Rechtsprechung der letzten Monate zeigt, dass einige Verwaltungsgerichte zur Zeit auch von Rückführungen nach Italien absehen. Zuletzt urteilte das Verwaltungsgericht Braunschweig im März 2012, dass „*Italien seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen nicht genügt*“³. Eine Entscheidung, die sich Herr D. auch in seinem Fall wünschen würde. Doch bisher gibt es noch keine einheitliche Handhabung auf Ebene der Verwaltungsgerichte.

Der Kampf um Selbstbestimmung

Im Februar 2012 kam Herr D. in Deutschland erneut in Abschiebehaft. Mit Hilfe eines Anwalts konnten der zuständigen Ausländerbehörde diesmal Verfahrensfehler nachgewiesen werden und Herr D. wurde nach einem Monat aus der Haft entlassen. Gerne würde er einen Asylantrag in Deutschland stellen und tatsächlich in Deutschland ankommen. Doch bislang wird das von den Behörden ausgeschlossen.

Wenn Herr D. auf die letzten Jahre zurückschaut, überkommt ihn ein Gefühl von Sinnlosigkeit. Es waren Jahre, in denen sich der Kampf ums

2 http://www.proasyl.de/fileadmin/fmdam/q_PUBLIKATIONEN/2011/Italienbericht_FINAL_15MAERZ2011.pdf

3 . <http://www.asyl.net/index.php?id=85>

1 www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/Aufsatz_KJ_11_03.pdf

Überleben in überfüllten Camps oder auf der Straße abwechselte mit Zeiten der Stagnation in Sammelunterkünften und im Abschiebegefängnis. Schon alltägliche Dinge wie sich in einer Umgebung zurecht zu finden, Kontakte zu knüpfen und anwaltliche Unterstützung zu organisieren seien unter solchen Bedingungen unglaublich schwierig. Es fällt ihm schwer, den Mut nicht zu verlieren:

Wenn ich mein Leben ansehe, denke ich langsam, es ist nichts wert. Ich rede, aber ich bin gar nicht wirklich da. Ich bin ein verlorener Mann. Ich habe keinen Traum und keine Erinnerung mehr.

Und er weiß, dass viele Asylsuchende in Europa von ähnlichen Erfahrungen berichten können. Aber es regt sich Widerstand: Das Netzwerk Welcome to Europe¹ organisiert derzeit eine Kampagne gegen Dublin-II-Abschiebungen².

„Es geht uns darum, dass der Wunsch der Flüchtlinge, ihren Asylantrag dort zu stellen, wo ihnen dies sinnvoll erscheint, respektiert wird. Das Dublin-II-System wird historisch nur einer der vielen untauglichen Versuche sein, Migration zu regulieren und Menschen an bestimmte Orte zu fesseln“, formuliert Bernd Kasperek die Ziele der Kampagne. *„Die Kampagne gegen Dublin-II ist ein konkreter Schritt hin zu einer Welt der Bewegungsfreiheit!“.* Einer Welt der Bewegungsfreiheit, in der es auch möglich ist, lange genug zu bleiben, um für das eigene Leben wieder selbst entscheiden und Perspektiven entwickeln zu können.

LENA MÜLLER, geboren 1982 in Berlin, schreibt auf deutsch und französisch und übersetzt zwischen beiden Sprachen. Nach dem Abitur hat sie einige Jahre in Frankreich gelebt und in Paris einen Abschluss in Erwachsenenbildung gemacht. Sie hat in Hildesheim am Institut für Literarisches Schreiben und Literaturwissenschaft studiert. Lena schreibt Features, Hörspiele und kulturjournalistische Texte und ist Mitherausgeberin der Zeitschrift Timult - Récits, analyses et critiques. Sie lebt in Hannover und arbeitet dort im Antirassistischen Plenum zu Rassismus, Migration und den Lebensbedingungen von Menschen ohne gesicherten Aufenthalt.

1 <http://w2e.net>

2 <http://dublin2.info>

**Lena
Müller**

**Als Asylsuchende in
Deutschland
*Un samedi en begué –
samstags in Europa***

Städte gelten als Knotenpunkte von Mobilität. Schaut man genauer hin, leben viele Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, in Gemeinden unter 10000 Einwohner_innen. Ihnen wurden von den zuständigen Ausländerbehörden Wohnungen oder Heimzimmer auf dem Land zugewiesen. Dort sind sie auf sich gestellt. Ein Ausflug in die Provinz.

Ich nehme die S-Bahn und kann schon nach wenigen Minuten die Ankunft kaum erwarten. Vor dem Fenster die norddeutsche Tiefebene. Es kann der Eindruck entstehen, sie wäre nichts weiter als die Fläche, die es braucht, um die Häuser und Straßen und S-Bahn-Schienen hinein zu bauen. Die Wälder sind Wälder auf eine zurückhaltende Art. Die Felder liegen wohlsortiert.

Diane wartet am Bahnhof. Seit letzter Woche geht sie zum Deutschkurs der katholischen Frauen. Sie erzählt, dass es gut ist, jeden Morgen aus dem Haus zu kommen, auch wenn das mit den Christen noch etwas ungewohnt ist. Und dass es Jahre dauern wird, bevor sie diese seltsame Sprache sprechen wird. Die Ungeduld ist eine Eigenschaft, die wir gemein haben, sage ich. Sie lacht. Du hast keine Vorstellung davon, wie ungeduldig ich bin. Eben hat der arme Typ im Handyladen geschlagene zehn Minuten versucht, die Freiminuten auf meinem Telefon zu finden. Ich musste ihn zwingen, das Telefon wieder rauszurücken.

Dann sitzen wir in der Sonne, essen Eis und lachen über eine sorgfältig frisierte Dame, die ihren Hund spazieren führt. Aus Lust am Lachen. Der Nachbar dreht Runden mit dem Rasenmäher. Deutschland im Frühling. Wer hätte damit rechnen können, dass ich hier landen würde, fragt sie und lacht einfach weiter. In der tiefen Provinz.

Als sie ankam, war es Herbst und dunkel. Niemand auf der Straße, breite leere Gehsteige, gestutzte Hecken vor Häusern, aus denen kein Ton und kein Licht nach draußen drang. Auch am nächsten Tag blieben die Straßen leer, obwohl der Ort, wie sich bald herausstellte, aus einer beachtlichen Ansammlung von Häusern besteht und außerdem zwei Supermärkte und eine Tankstelle zu bieten hat.

Die ersten Tage läuft sie auf Zehenspitzen durchs Dorf. Es ist sehr still. Sie beobachtet ihre Nachbarn, die morgens mit dem Auto wegfahren und erst abends zurückkommen. Die Alten bleiben zu Hause und bewegen die Gardinen, wenn sie durch die Straßen geht.

Es gibt Momente, da gucken alle. Wenn sie Pfandflaschen in einer Lidl-Tüte zu Edeka bringt. Sie hört sie seufzen. Die Schwarze läuft mit einer Lidl-Tüte durch den Edeka-Markt. Da liegt was in den Blicken. Diane ist sicher, dass viele *People of Color* in Deutschland dem mit einer Art vorausweisendem Gehorsam begegnen: Benimm dich, wie die Weißen es von dir erwarten, alles andere irritiert. Und Irritation bringt Ärger. Wurf deinen Eisbecher auf den Gehsteig anstatt in den Mülleimer, bezahl deine Fahrkarte im Bus mit einer Handvoll unabgezähltem Kleingeld, stell deinen Sperrmüll ins Treppenhaus, häng deine Wäsche in den Vorgarten, erscheine ohne Termin beim Arzt. Und wenn dir nichts anderes mehr einfällt, dann trage deine Pfandflaschen in der Lidl-Tüte zum Edeka-Markt. Dann können sie seufzen und haben es mit der Einordnung leicht: anders, fremd.

Einen Freund hat sie im Dorf gefunden, einer der sie manchmal abholt und ihr die Gegend zeigt. Er kommt aus dem Iran und lebt seit zwanzig Jahren

im Ort. In Dianes Stimme liegt Bewunderung. Sie zeigt auf ein Fußballfeld, das wir von unserer Bank aus sehen können. Seit fünfzehn Jahren spielt er hier Fußball. Er entschlüsselt für sie die Gebräuche der Einheimischen, die Mülltrennung, die Sonntagsspaziergänge am Fluss.

Diane ist, wie viele, die in Deutschland Asyl beantragen, in der Provinz gelandet. Eines Tages wurde sie von der Ausländerbehörde aus der Aufnahmeeinrichtung in der Stadt in die Wohnung auf dem Land gebracht. Sie sagt, dass nichts in ihrem bisherigen Leben sie darauf angemessen vorbereitet habe. Auf das Alleine-Sein, auf das Exil im Exil, auf die Tage und Wochen, in denen nichts passiert, die Langeweile. Laut Gesetz darf sie weder arbeiten noch ihren Landkreis verlassen. Einmal im Monat fährt sie in die nächste Kleinstadt und holt auf dem Sozialamt die 184 Euro in Gutscheinen ab, von denen sie lebt.

Ich muss daran denken, wie es für mich war, als ich als Siebenjährige nach einigem Hin und Her aus der Großstadt zu meinem Vater in eine Kleinstadt zog. An mein eigenes Fremd-Sein in einer Landschaft, die mir eigenartig leer vorkam, zwischen Menschen, die mich verwirrten und die meine Distanziertheit vor den Kopf stieß. Mein Vater nahm mich zu meiner besseren Integration mit auf den Fußballplatz. Ein Platz wie der, auf den wir jetzt schauen, wo es am Spielfeldrand an Stelle von Sitzgelegenheiten nur eine rostige Stange gibt, an der Werbetafeln hängen. Ich möchte Diane erzählen, wie ich frierend und wütend in diesem Kaff auf dem Fußballfeld stand. Ich wünsche mir, dass wir zusammen über das Fremd-Sein in der deutschen Provinz lachen können.

Gleichzeitig weiß ich, dass unser Fremd-Sein nicht viel gemein hat. Meines war Durchgangsstadium und gehörte irgendwie zur Kindheit – außerdem versicherten die Erwachsenen mir andauernd, dass ich dazugehöre, hier hin gehöre, und dass ich später immer noch gehen könne.

Dianes Fremd-Sein ist eine Zuschreibung. Ein Fremd-Sein qua Definition, das ein verunsich-

cherndes, unsicheres Abwarten an einem zufälligen Ort wird. Lebenszeit, die ihr zwischen den Fingern zerrinnt, wie sie es bei unserem ersten Treffen nannte.

Trotzdem erzähle ich von mir am Spielfeldrand. Von den Männern, die über den Platz rennen, einer von ihnen mein Vater, den ich kaum kenne. Männer, die schreien und schwitzen. Ich würde ihnen und dem Ball gerne nicht zu nahe kommen, aber weiß nicht, wo ich mich hinstellen soll. Ich höre ihre lauten Stimmen und verstehe nichts. Die Worte kenne ich, aber in ihrer Zusammenstellung geben sie keinen Sinn für mich. Diane nickt. Ich rede mich warm. Erzähle vom bierbäuchigen Trainer, der lächelnd neben mir stand und fragte, ob ich eine Fanta möchte. Er gibt mir eine grüne Flasche, sie ist kalt und schwer. Ich halte sie fest und warte ab. Wir stehen schweigend nebeneinander. Magst du denn auch Fußball? Nein. Der Mann schaut mich ein wenig ratlos an. Das wird schon noch, du kommst schon noch auf den Geschmack.

Diane lacht. Und bist du auf den Geschmack gekommen? Nie. Sie seufzt. Ich wünschte, ich würde Fußball spielen, vielleicht wärs dann leichter.

Sie steht auf, dreht sich einmal um die eigene Achse. Diane *en beguë*, Diane *la beguiste*, la star. Diane die Europäerin! Das große Nachwuchstalent aus dem *Süden*, der aufgehende Stern an Deutschlands Fußballhimmel. Ich klatsche. Sie setzt sich wieder hin. Mais *non*, *l'Europe, c'est pas du gateau*. Europa ist kein Zuckerschlecken. Europa zeigt die Krallen.

Seit zwei Jahren kämpft Diane um ein gesichertes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Das letzte Gespräch mit ihrer Anwältin dauerte eine gefühlte Ewigkeit. Wieder musste sie ihre Geschichte erzählen, immer wieder erzählen, bestimmt schon das dritte Mal, verstehst du, das ist doch verrückt. Nach dem Gespräch hatte sie zittrige Knie. Diane schüttelt den Kopf. Über diese aufwendige Inszenierung, die das Asylverfahren ist, über die Menschen, die auf die richtige

Geschichte an der richtigen Stelle warten. Die Richter, die Anwältin, die Beamten von der Ausländerbehörde und vom Sozialamt. *Un truc de blancs*. Typisch Weiße. Diane macht eine Handbewegung, als läge die Szenerie vor unseren Füßen auf dem Gehsteig und wir schauten auf sie herab. Ungläubig, schulterzuckend.

Wir laden den iranischen Nachbar zum Abendessen ein und trinken den Wein, den er mitbringt, während er uns erklärt, wie man es in Deutschland zu etwas bringen kann. Anfangs sei auch er ein Niemand gewesen, einer von denen, die noch nicht einmal die Sprache verstehen. Einige Jahre hat er bei Volkswagen gutes Geld verdient. Dann gab es keine Arbeit mehr und er musste sich etwas Neues ausdenken: Er eröffnete eine Diskothek. In einer mittelgroßen Stadt, immerhin größer als diese hier. Feinste Innenausstattung, ein großer Gewölbekeller, ausgekleidet in Gold und Grün. Aber die Leute wussten das nicht zu schätzen, standen verkrampt am Rand der Tanzfläche und kamen nicht ins Gespräch. Er musste intervenieren, die Mädchen den Jungen vorstellen und umgekehrt. Als Diskobetreiber lebt man schließlich von der Atmosphäre in seinem Laden.

Der Nachbar macht eine Pause, damit wir uns der Dramatik bewusst werden. Ich übersetze für Diane, die irgendwann vor dem Wortfluss kapituliert hat. Der Nachbar schenkt Wein nach und schlägt einen optimistischeren Ton an.

Aber die Einheimischen seien unverbessertlich gewesen, das Unternehmen blieb stecken. Aber Geld musste trotzdem reinkommen, er hat Kinder im Studienalter und zahlt Alimente. Das hier ist schließlich Deutschland. Er begann, mit Antiquitäten zu handeln. Verdient sein Geld mit Haushaltsauflösungen und Flohmärkten, greift zu, wenn es Schmuck für wenig Geld gibt, zieht im richtigen Moment die Scheine aus der Tasche. Er macht gute Geschäfte, weil er die Menschen kennt und die Wirkung des Geldes auf die Menschen. Häufig verdient er an der Ahnungslosigkeit der anderen.

Er fragt uns, ob wir das für eine Sünde halten. Wir zucken mit den Schultern. Manchmal könne er von den Reichen nehmen und den Armen geben. In seinem Beruf gäbe es eine Art ausgleichende Gerechtigkeit. Einmal sei er zu einer Haushaltsauflösung gekommen und habe eine alte Dame, eine Oma, vorgefunden, die auf gepackten Koffern in ihrem Haus voller wertloser Dinge saß und ihm sagte, dass sie 150€ brauche, um die letzte Rechnung zu bezahlen. Also hat er ihr das Geld gegeben, hat ihre Koffer in seinen Wagen getragen, das Haus leergeräumt und gefegt und hat die Oma ins Altenheim gefahren. Dann hat er den Rest ihrer Sachen zur Müllkippe gebracht hat.

Siehst du, sagt Diane, zur Müllkippe. Und niemand interessiert. Da stimmt was nicht. Die Alten geben dir Ratschläge, aber in Wirklichkeit wissen sie auch nicht, wie Leben hier funktioniert. Wer möchte als alter Mensch freiwillig in Europa leben und sich schlecht behandeln lassen? Sie erzählt von einem Alten im Rollstuhl, den sie letzte Woche alleine auf der Straße gesehen hat. Verwirrt sah der aus. Und hat sie angeguckt als sei sie der Teufel höchstpersönlich. Sie fragt sich, was bei ihm nicht in Ordnung ist. Wenn sie mich lassen, kümmere ich mich um ihre Alten, sagt Diane. Wenn das Asyl bewilligt wird, wenn sie arbeiten darf. Warum nicht die Alten. Die, die hinter den Gardinen sitzen, wenn sie durchs Dorf geht. Die würde sie waschen und anziehen. Sie müssten sie ordentlich bezahlen und könnten sich nicht wehren, gegen die Schwarze, die ihre beste Freundin wird, ihre einzige Besucherin.

Ein wenig angetrunken laufen wir durch die leeren Straßen zurück zum Bahnhof. Drei säuberlich aufgeschichtete Matratzen und ein verbeulter Koffer versperren den Gehweg. Wir weichen auf die Straße aus. Diane schaut sich um. Wo denn die dazugehörige ausrangierte Oma sei. Ich pruste los. Sie blinzelt mich an, ein klein wenig triumphierend.

In der S-Bahn, während ich ratlos in die nachtblinde Scheibe starre, denke ich an einen Text

von Jacques Derrida, in dem er ein Ringen mit dem Fremd-Sein beschreibt, seine Sehnsucht nach einem Ort, irgendwo in der Sprache, an den er immer zurückkehren könnte. Eine Abstraktion, die man sich wie eine warme Decke um die Schultern legen kann. Und ich denke an Diane, die es mit Zumutungen und Zuschreibungen zu tun hat, gegen die Derridas warme Decke vielleicht nicht viel kann. Die trotzdem sagt: *Je vais m'en sortir*. Ich schaff das. Die angetreten ist, sich in dieser Welt und notfalls gegen diese Welt zu verteidigen. Aus deren Mund die Idee von einem besseren Leben sehr konkret und unbedingt ist. Etwas, das hier zu finden sein muss.

LENA MÜLLER, geboren 1982 in Berlin, schreibt auf deutsch und französisch und übersetzt zwischen beiden Sprachen. Nach dem Abitur hat sie einige Jahre in Frankreich gelebt und in Paris einen Abschluss in Erwachsenenbildung gemacht. Sie hat in Hildesheim am Institut für Literarisches Schreiben und Literaturwissenschaft studiert. Lena schreibt Features, Hörspiele und kulturjournalistische Texte und ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Timult - Récits, analyses et critiques*. Sie lebt in Hannover und arbeitet dort im Antirassistischen Plenum zu Rassismus, Migration und den Lebensbedingungen von Menschen ohne gesicherten Aufenthalt.

Leyla
Yenirce

Flüchtlingshilfe in Hamburg *Jeden Tag neue Gesichter*

Vom Asylantrag bis zur Abschiebung ist es manchmal nicht weit. Die Flüchtlingshilfe Café Exil in Hamburg versucht Menschen, die nach Deutschland kommen, vor diesem Schicksal zu bewahren.

Es gibt viele Wege, die rein und raus aus Deutschland führen. Beide erfolgen nicht immer freiwillig. Menschen, die als Flüchtlinge ein Land betreten, wird nur in seltenen Fällen Asyl gewährt. Die Gesetzeslage definiert den Aufenthaltsstatus eines Flüchtlings als „legal“ oder „illegal“, Attribute, die ein Mensch sich nicht aus freien Stücken zuschreiben würde.

Das „Café Exil“¹ im Hamburger Bahnhofsviertel berät und informiert Flüchtlinge über ihre Rechte, um Ihnen Hilfe und Begleitung in ihren durch Reglementierungen erschwerten Alltag zu geben.

„Wir versuchen die Flüchtlinge über ihre Rechte zu informieren und ihnen zu helfen, Asyl zu beantragen“, sagt Florian (Name von der Redaktion geändert), ein ehrenamtlicher Mitarbeiter des Café Exil. Auf seiner Kleidung ist ein Aufnäher mit dem Schriftzug „No borders, no nations“ zusehen, die neongrünen Dreadlocks sind lose zu einem Zopf gebunden. Vor seinem Umweltinformatikstudium entschloss sich der Jugendliche ein Praktikum im

¹ <http://www.vernetzung-migration-hamburg.de/Cafe-Exil.277.0.html>

Flüchtlingsrat Hamburg zu machen. Inzwischen arbeitet er in der Flüchtlingsberatung im Café Exil – es gab zu wenig Leute und er sprang ein.

Hilfe und Beratung

Im Café Exil arbeiten Mitarbeiter_innen mit verschiedensten Hintergründen; Student_innen¹, Schüler_innen, Auszubildende, Lohnarbeiter oder auch Pensionierte, die sich ehrenamtlich gegen Rassismus in der Stadt engagieren. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie haben eine kritische Einstellung gegenüber der Abschiebung von Flüchtlingen.

„Jeder kann mitmachen, es kommt nicht darauf an, wie viel du kannst oder schon weißt, sondern darauf, dass du dich ehrenamtlich engagieren und den Menschen helfen möchtest.“ Florian arbeitet zwei bis drei Mal die Woche im Café Exil. Für ihn entscheidend ist die Begleitidee des Cafés: Die Hilfe bei Behördengängen etwa. Für viele Asylsuchenden ist der Weg dorthin nicht leicht, die Kommunikationsbarrieren oft zu hoch. Ein großes Problem, weiß Florian. *„Viele Mitarbeiter der Ausländerbehörde gehen respektlos mit den Flüchtlingen um, weil sie sie nicht verstehen können. Wir versuchen Verständnisprobleme zu vermeiden, in dem wir sie begleiten.“*

Eine weitere Aufgabe des Cafés ist die Beratung der Asylsuchenden. Gespräche bei einer Tasse Kaffee oder Tee im Café, im Zweier-Gespräch oder auch in der Gruppe. *„Viele Flüchtlinge wissen gar nicht, welche Rechte Ihnen zustehen. Wir sind dafür da, dass sie diese Rechte auch bekommen“*, sagt Florian. Bei der Beratung müsse man sensibel im Umgang mit den Flüchtlingen sein, weil viele schon viel mitgemacht hätten. Folter sei nur ein Beispiel.

Das 1993 in Kraft getretene Asylverfahrensgesetz²

¹ <http://www.info-parkour.de/archiv/studium/hawhochschule-hamburg-student-soziale-arbeit-praktikumcafe-exil-migration/>

² <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Gesetzestexte/DE/A/AsylVfG.html?nn=110432>

legt gesetzliche Reglementierungen fest, die den Asylsuchenden im Alltag prägend einschränken. Zum Beispiel durch die Residenzpflicht, die regelt, dass Asylsuchende den Landkreis ihrer zuständigen Ausländerbehörde nicht verlassen dürfen. Oder die Unterbringung in Notunterkünften, die sich oftmals in katastrophalen Zuständen befinden. Oder die Verweigerung auf Arbeitsrecht. *„Viele Menschen denken: Scheiß Asylanter, wollen doch nur unser Geld! Dabei wird Ihnen das Recht auf Arbeit verwehrt.“* Florian findet das alles total ungerecht.

Gesetzeslage Asylpolitik:

- Der Artikel 16GG, der jedem das Recht auf politisches Asyl in der BRD gewährt, wurde 1993 durch den Artikel 16aGG ersetzt.
- Der Artikel 16aGG beinhaltet, dass nur diejenigen asylberechtigt sind, die sich vor ihrer Flucht in die BRD in einem „sicheren Drittstaat“ aufgehalten haben.
- „Sichere Drittstaaten“ sind nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, in denen die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Menschenrechtskonvention sichergestellt ist.

Kontakt und Distanz

Solche Erfahrungen verändern den Blick auf die Flüchtlinge *„Durch meine Mitarbeit im Cafe Exil bin ich toleranter geworden, da ich tagtäglich mit ihnen zu tun habe und höre was sie durchmachen“*, sagt Florian. In seiner Arbeit muss er professionell bleiben. Er muss lernen, mit den Geschichten, umzugehen und sich auf das Wesentliche, die Beratung, zu konzentrieren. *„Ich selber hatte bis jetzt noch keine Probleme damit, professionell zu bleiben. Ich realisiere, was abgeht, aber irgendwann ist es mir egal und ich mache einfach meine Arbeit.“*

Darüber hinaus beschäftigt er sich nicht immer

mit denselben Fällen „*Wenn du einen berätst, tut es am nächsten Tag jemand anderes. Es kommen oft dieselben, aber jeden Tag neue Gesichter.*“ Es gibt aber auch Fälle bei denen Freundschaften zwischen Asylsuchenden und Mitarbeiter entstehen, die über die Beratungshilfe hinausgehen. „*Es gibt Flüchtlinge, mit denen ich mich zum gemeinsamen Kochen oder Treffen verabrede, die ich nicht nur berate, zu denen ich ein freundschaftliches Verhältnis pflege*“, sagt Florian.

Die Presse spricht nicht oft über Flüchtlinge und ihre Lebensbedingungen. Von Abschiebung und Einwanderung bekommt man nicht viel mit, obwohl es tagtäglich stattfindet.

Abschiebung und Intervention

Florian war selbst schon bei einer Abschiebung dabei. Die Bundespolizei holt die Flüchtlingsfamilie in Bullis mit vergitterten Fenstern ab und transportiert sie zum Flughafen, wo Polizist_innen sie begleiten, damit keiner die Flugteilnahme verweigern kann. „*Für mich war es eine traurige Situation aber meine Kolleg_innen, die eine persönliche Bindung zu den Flüchtlingen hatten, konnte man den tiefen Schock ansehen.*“

Durch diese schwierigen Situationen der Flüchtlinge greift die Flüchtlingsarbeit noch viel weiter als die bloße Beratung. Mitarbeiter_innen versuchen politisch zu intervenieren, indem sie Aktionen und Demonstrationen planen und gegen die Abschiebungen vorgehen. Verschiedene Arbeitsgruppen behandeln dabei spezifische Themen, um Konzepte zur politischen Intervention zu entwickeln. Dabei organisieren sich die Aktivist_innen auch in Kundgebungen oder „Anti-Lagerarbeit“. Auch kostenlose Sprachkurseangebote gibt es.

„*Dass die Gesetzgebung so ist, wie sie ist, darf man nicht einfach hinnehmen*“, findet Florian. In seiner täglichen Arbeit erfährt er die Mängel der deutschen Asylpolitik. Sie legt fest, wer sich wo aufhalten darf und welchen Aufenthaltsstatus ein Mensch besitzt. Laut Florian könne die

Veränderung dieser Gesetzesgrundlage jedoch nur erreicht werden, wenn nicht nur einzelne Betroffene politisch intervenieren, sondern Europa, Deutschland und somit die Bürger_innen sich selbst für eine andere Asylpolitik entscheiden.

Dass dieses Ziel eines langen Prozesses und Weges bedarf, scheint den Mitarbeiter_innen des Cafés bewusst zu sein, weswegen sie, um es in den Worten Florians zu sagen, versuchen „*aus dem, was sie haben*“, die Menschenrechte der Asylsuchenden, „*das meiste rauszuholen*“, Beratung, Begleitung und juristische Hilfe. Die Unterstützung in alltäglichen Angelegenheiten soll die schwierigen Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu mindestens in einem geringfügigen Maße erleichtern.

LEYLA YENIRCE ist 20 Jahre alt und studiert derzeit Kultur der Metropole an der Universität Hafencity in Hamburg. Sie selbst ist 1994 mit ihrer Familie wegen des kurdisch-türkischen Territorialkonflikts in der Türkei nach Deutschland geflohen. Seit Oktober 2011 ist sie Hamburgerin und hat sich mit der lokalen Flüchtlingshilfe auseinandergesetzt.

**Lisa
Doppler**

Politische Flüchtlinge und ihr Leben im Lager *„Ich will nicht integriert werden“*

*15 Jahre Isolationshaft in der Türkei, Gefängnis
in Griechenland und nun ein trostloses Leben
in einem niedersächsischen Flüchtlingslager.
Trotz alledem schafft es Turgay Ulu, politi-
scher Flüchtling aus der Türkei, weiterzuma-
chen, weiterzukämpfen und weiterzuschreiben.
Wer unterstützt ihn, woher nimmt er die Kraft
und wie kann sich wirklich was ändern?*

Um Turgay Ulu, verfolgter Kommunist aus der Türkei, zu besuchen, muss man einen weiten Weg auf sich nehmen. Von Osnabrück aus erst 30 Minuten Zugfahren und dann noch einmal 30 Minuten Fußweg durch ein Dorf und den Wald. Hier liegt das Flüchtlingslager Bramsche-Hesepe, offiziell „Landesaufnahmebehörde Niedersachsen – Standort Bramsche“. Das Gelände ist eine ehemalige Kaserne, ein riesiges Areal. Ein Zaun und Überwachungskameras sowie ein Wachposten am Eingangstor verhindern, dass die Bewohner*innen nicht registrierten Besuch bekommen.

Hinter dem Zaun sind gepflegte Grünflächen und ein Spielplatz zu sehen. Es ist nicht schön, aber auch nicht heruntergekommen wie oft in anderen Flüchtlingslagern Deutschlands. Auf dem Gelände, untergebracht in mehreren Wohnblocks, leben rund 550 Migrant*innen, Asylsuchende und Geduldete, die meisten von ihnen mit negativen Prognosen hinsichtlich ihrer Bleibeperspektive.

Freiwillige Ausreise – die elegante Abschiebung

Einer von ihnen ist Turgay, 37 Jahre alt. Er erklärt das Besondere am Lager Bramsche: „Hier gibt es ein spezielles Programm zur „Rückkehrförderung“. Soll heißen: Die Menschen sollen zur freiwilligen Ausreise überredet werden. Das ist einfacher und günstiger als eine Abschiebung, ist ja auch besser fürs Image.“ Auf der Homepage der Landesaufnahmebehörde¹ wird mit lachenden Gesichtern am Flughafen für die Rückkehrförderung geworben. Alle sind zufrieden, leise und sauber verschwinden so die Menschen.

Turgay sieht das etwas anders: „Wir sind der absoluten Kontrolle durch die Behörden ausgesetzt, ständig wird uns vermittelt, dass wir nicht auf Dauer bleiben können.“ Immer gleiches Kantinenessen, geteilte Zimmer mit bis zu sechs Menschen, kaum medizinische Versorgung. Für die Kinder gibt es eine lagerinterne Schule, auch Ausländerbehörde, Medizinstation und Sozialamt befinden sich auf dem gleichen Gelände. Es gibt keinen Grund, das Lager zu verlassen. Wohin auch, mit maximal 40 Euro Taschengeld im Monat?

„Das Essen reicht gerade so, wir müssen nicht hungern. Aber manche Flüchtlinge übergeben sich danach regelmäßig, da es einfach nicht schmeckt“, sagt er. „Auch gibt es eine Medizinstation, doch meist bekommen wir da nur Paracetamol. Dabei werden die Menschen vor Angst und vor Hoffnungslosigkeit depressiv. Die Kopfschmerzen sind nur Symptom.“

Nur Einer von vielen

In Bramsche regt sich trotz dieser Bedingungen nur leiser Protest der Flüchtlinge. „Im Oktober, direkt als ich in Bramsche ankam, gab es eine Demonstration mit 50 Leuten. Wir forderten eine Schließung des Lagers. Ich habe mich sehr darüber gefreut und hoffte, dass es so weiterginge.

¹ http://www.lab.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25218&psmand=193

Leider war es nicht so“, berichtet Turgay. Er selbst hat viele Erfahrungen mit Demonstrationen. Als junger Student beteiligte er sich an antikapitalistischen Protesten in Istanbul und engagierte sich für die Freilassung politischer Gefangener. Dafür kam er selbst ins Gefängnis – erst „Todesstrafe“, dann umgewandelt in „Lebenslänglich“², so lautete das Urteil. Bis zu seiner Flucht war er 15 Jahre in der Türkei im Gefängnis und noch einmal einige Monate in Haft in Griechenland, auf dem Weg nach Deutschland. Und nun Bramsche. Wie kann ein Mensch das ertragen?

Lagersystem in Niedersachsen:

- In Niedersachsen gibt es mit Braunschweig, Bramsche und Friedland drei große Lager für Asylbewerber*innen
- In Braunschweig und Bramsche sind jeweils bis zu 600 Menschen untergebracht
- Friedland diente zu Ostblock-Zeiten als Grenzdurchgangslager als erste Anlaufstelle für Flüchtlinge aus dem Osten. Danach wurde es vor allem zur Erstaufnahme von Spätaussiedlern genutzt. Nach der Schließung des Lagers in Oldenburg wird Friedland nun zum dritten großen Asylbewerberlager Niedersachsens umfunktioniert.

„Ich bin Marxist und glaube an eine Welt ohne Lager und das bedeutet eine Welt ohne Grenzen, ohne Staaten. Ich habe schon viel durchgemacht, ja. Aber da es nicht um mich geht, sondern um eine befreite Gesellschaft, kann ich all das ertragen.“ Ein unglaublicher Elan treibt Turgay an. Zunächst, so erzählt er weiter, war er enttäuscht, dass der Protest so schnell wieder abbrach, doch schon schnell wurde ihm klar, warum. „Das Lager ist zermürend, alle haben unzählige Probleme, die sie innerlich umtreiben. Doch dass es eine Lösung nur auf einer anderen

² http://amnestytuerkei.de/wiki/Briefe_gegen_das_Vergessen:_Turgay_Ulu

Ebene geben kann, als sich um sein persönliches Schicksal zu kümmern, dieses Bewusstsein fehlt den meisten.“

Doch auch von dieser Enttäuschung lässt Turgay sich nicht entmutigen. Stattdessen versucht er, sich soweit wie möglich dem Druck, den das Leben im Lager ausübt, zu entziehen. Er hat Kontakte zu türkischen Genoss*innen, die jetzt ebenfalls in Deutschland leben, auch zu vielen Kurd*innen. Turgay verbringt so wenig Zeit wie möglich in Bramsche: *„Hier zu sein, nur rumzusitzen und auf den Bescheid der Ausländerbehörde zu warten ist nur kraftraubend, also vermeide ich das so gut wie möglich“*. Bei der Caritas in Osnabrück besucht er drei Tage die Woche einen Deutschkurs. Die Caritas hat ihm auch ein Streckenticket gegeben, sodass er jederzeit Freunde in Osnabrück besuchen kann. Damit ist er viel mobiler als die meisten Bewohner*innen.

Zusammenarbeit mit Studierenden

Wichtiger Bezug ist für Turgay zudem die Osnabrücker NoLager-Gruppe¹. *„Die Gruppe, natürlich mit wechselnden Mitgliedern, gibt es schon fast genauso lange wie das Lager. Trotzdem ist die Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen nicht konstant“*, erzählt Lucie (kompletter Name der Autorin bekannt), eine Aktivistin. Bei den Treffen der überwiegend studentischen Mitglieder mit den Flüchtlingen, die wöchentlich abwechselnd in einem studentischen Café in Osnabrück und einer Pizzeria in Bramsche-Hesepe stattfinden, ist das Ziel der Arbeit immer wieder Thema. *„Problem ist, dass die Bewohner*innen des Lagers meist mit ganz konkreten Problemen zu uns kommen - Bescheide von Behörden, Geldforderungen von Anwälten oder Krankheiten. Allen über 500 Menschen gerecht werden können wir sowieso nicht. Daher liegt unser Schwerpunkt in der Unterstützung bei Protesten“*, sagt Lucie.

Doch obwohl alle Flüchtlinge aus dem Lager,

¹ www.lagerhesepe.blogspot.eu

mit denen Lucie spricht, und auch viele Menschen in Bramsche oder Osnabrück die Lebensbedingungen dort unhaltbar fänden, gäbe es kaum sichtbaren Widerstand: *„Verständlicherweise haben die Flüchtlinge oftmals nicht die Energie, oder der Zusammenhang zwischen Politik und ihrem Leben im Lager ist ihnen nicht klar. Turgay ist da eine große Ausnahme“*, meint Lucie.

Bei den Treffen gehe es immer wieder um die Frage, was von den Flüchtlingen erwartet werden kann und auch darum, was gerade die Aktivist*innen, die selbst alle aus Deutschland kommen oder die deutsche Staatsbürgerschaft haben, da zu entscheiden hätten. Ob sie überhaupt fordern dürfen, dass das Lager abgeschafft wird, wenn die Bewohner*innen nicht selbst die Initiative für den Protest übernehmen. Turgay widerspricht in dem Punkt vehement, er sieht das anders: *„Das ist doch Ziel des Lagers, die Menschen so zu vereinnahmen, so zu zermürben, dass sie sich nicht mehr wehren können und wollen. Das spricht euch, die das durchschaut habt, doch nicht das Recht ab, dagegen aktiv zu werden.“*

Turgay selbst lässt sich nicht einschüchtern von Behörden oder anderen Flüchtlingen. Er nutzt die Infrastruktur, die ihm seine Unterstützer*innen stellen: Er hat einen Laptop bekommen, kann das Café an der Uni benutzen wenn er Internet und einen ruhigen Platz zum Arbeiten braucht. Gerade schreibt er sein sechstes Buch – in der Türkei von kommunistischen Gruppen veröffentlicht wurden von ihm bereits Werke zu Marxismus, Kunst, Ästhetik und linker Politik in Anatolien. Seine 15 Jahre im Gefängnis hat er so gut es ging genutzt: *„Immer, wenn die Gefängnisleitung mir Literatur verweigert hat, bin ich in den Hungerstreik getreten“*. So hat Turgay sich mit Ökonomie, Philosophie, Psychoanalyse, Quantenphysik und vielem mehr beschäftigt. *„Gesellschaftskritik muss immer interdisziplinär sein“*, ist seine einfache Erklärung, und: *„Politisches Engagement heißt auch Beschäftigung mit Theorie und vor allem Selbstorganisation statt auf Hilfe von außen*

zu warten, leider scheint das hier kaum jemand zu begreifen.“

Die schwierige Frage, was die Alternative zum Lager wäre, drängt sich auf. Doch für Turgay ist auch hier die Antwort absolut klar: *„Es kann keine Alternative innerhalb dieses Gesellschaftssystems, innerhalb des Kapitalismus geben. Selbst wenn die Menschen dezentral untergebracht würden und mehr Asylanträge bewilligt würden, würde sich nichts Grundlegendes ändern.“*

Integration? Darum geht es doch gar nicht

Auch von Integration will Turgay nichts hören, denn *„Integration impliziert, dass Migrant*innen sich individuell verändern müssen, um in dieser Gesellschaft leben zu können. Wir sollen Deutsch werden, wie Deutsche denken und uns somit einer Gruppe zuordnen, der deutschen Gesellschaft mit ihren Werten.“* Doch sind es nicht gerade Werte wie Menschenrechte, auf die auch Turgay seine Theorie, seine Ideen vom Kommunismus stützt? *„Der Fehler ist das „deutsch“ davor. Ich kann mich zu Menschenrechten bekennen, ja. Aber nicht, weil diese Teil von Deutschland sind, sondern weil ich an die Rechte jedes Menschen glaube. Und gerade das deutsche Asylsystem zeigt wunderbar beispielhaft, dass das nicht funktioniert, wenn Staaten dazwischen stehen. Ich und alle anderen Flüchtlinge in Bramsche können hier nicht in Würde leben.“*

Dass es Lager gibt, findet Turgay dabei zwar schlimm, aber nicht verwunderlich. Diese entsprächen der Logik des Staates, folgten sogar konsequent aus Staatlichkeit: *„Integrieren oder absondern. Das entspricht der Logik des kapitalistischen Staates, der alles erfasst. Daher habe ich auch nicht vor, mich integrieren zu lassen.“*

Mit der Positionierung gegen Integration und gegen eine Gesellschaft, die Flüchtlinge zu Bittstellern macht und sie in Lager steckt, taucht wieder die Frage nach Handlungsalternativen

auf. Hierzu meint Lucie von NoLager: *„Natürlich wäre es schon einmal ein großer Schritt, wenn Asylbewerber*innen in Niedersachsen dezentral, also in ganz normalen Wohnungen, untergebracht würden, und das ist auch eines unserer Ziele, dafür kämpfen wir. Nur darf dabei die Kritik am Ganzen nicht verlorengehen. Konkrete Verbesserungen jetzt widersprechen der Hoffnung auf etwas Besseres nicht.“*

Auch für Turgay bleibt daher neben der Hoffnung auf etwas Besseres die Kritik des Bestehenden. Er spricht auf Flüchtlingskonferenzen etwa des Karawane-Netzwerkes¹, einer bundesweiten Selbstorganisation, über Flüchtlingskämpfe als Teil einer antikapitalistischen Bewegung. Und dann ist da noch sein Buch. Es wird keine theoretische Abhandlung werden. Turgay schreibt an einer Zusammenfassung seiner Tagebücher. Tagebücher, die von 15 Jahren Gefängnis in der Türkei, von Isolationshaft in Griechenland und dem Leben als Asylbewerber in Deutschland erzählen. Ein Buch, das ein persönliches Schicksal beschreibt, das so persönlich gar nicht ist und ein Buch, das anderen Flüchtlingen Kraft und Mut geben soll, ihre Stimme zu erheben.

LISA DOPPLER, 26 Jahre, hat Migrationsforschung studiert und setzt sich gerade in ihrer Masterarbeit mit Kritik in Theorie und Praxis auseinander. Turgay hat sie im vergangenen Jahr bei Protesten vor dem Lager kennengelernt und wollte mehr über ihn und seine Ideen erfahren: *„Turgay hat ein unglaubliches Wissen, er ist wie ein wandelndes Lexikon was Kritische Gesellschaftstheorien angeht und gibt dies mit Begeisterung weiter. Ich wollte herausfinden, was ihn antreibt, trotz widrigster äußerer Umstände immer weiter zu machen.“*

¹ www.thecaravan.org

Pia Rauschenberger

Beten und bauen *Moscheedebatte in Frankfurt*

Die Hazrat-Fatima-Gemeinde in Frankfurt möchte ein würdiges Gotteshaus; die Zeiten von Hinterhofmoscheen sollen ein Ende haben. Welche Mauern es einzureißen gilt und welche noch errichtet werden müssen. Ein Bericht.

Die Linkstraße in Frankfurt-Griesheim ist eine ruhige Wohnstraße mit zweistöckigen Wohnhäusern. Dass es sich bei dem Gebäude mit eierschalenfärbener Wandbemalung um eine Moschee handelt, fällt beim Vorübergehen nicht auf. Nur ein kleines grünes Schild an der Wand, das erst zu sehen ist, wenn man schon durch das Tor getreten ist und unmittelbar vor dem Gebäude mit sichtundurchlässigen Fenstern steht, lässt ahnen, dass das Haus ein Ort des Glaubens ist.

Im Hof schaffen Blumenkübel, Fahrräder und ein Boxsack eine familiäre Atmosphäre. In einer Ecke hängt eine Fahne mit arabischer Schrift schlaff herunter. Auf ihrer Mastspitze thront eisen die Hand der Fatima – ihre fünf Finger stehen für die fünf Grundpflichten des Islam: das Glaubensbekenntnis, das fünfmalige Gebet, die Almosensteuer, Fasten im Ramadan und die Pilgerfahrt nach Mekka. Gläubige sind an diesem Donnerstagnachmittag allerdings nicht zu sehen.

Transparenz und Würde

Doch selbst im säkularen Deutschland möchten Muslim_innen ihren Glauben genauso le-

bendig gestalten können, wie sie es aus ihrem Herkunftsland kennen. Sie wollen eine Moschee, die aussehen soll wie eine Moschee. Die Zeiten unscheinbarer Hinterhofmoscheen sollen endgültig vorbei sein. In Frankfurt soll seit Jahren eine neue Moschee gebaut werden. Größer und schöner, ein repräsentatives Gotteshaus.

Der Generalsekretär der Hazrat-Fatima-Gemeinde in Griesheim, einem Stadtteil von Frankfurt, Ünal Kaymakci sieht das so: *„Wir wollen in schönen, würdigen Räumen unser Gebet verrichten – so wie es die Christen gerne auch in schönen Kirchen tun.“* Die meisten Mitglieder der Gemeinde sind in Deutschland geboren und aufgewachsen, sehen es als ihre Heimat. *„Für uns ist der Bau des Gotteshauses sehr wichtig für die Identifikation mit unserer neuen Heimat. Es reicht nicht, sich als Individuum im Land wohl zu fühlen. Wir wollen auch als Gemeinde gut aufgehoben sein.“* sagt Kaymakci vor einigen Jahren in einem Interview. Damals eröffnet er der Frankfurter Stadtgemeinschaft das Bauvorhaben eines repräsentativen Gotteshauses.

Die Gemeinde möchte aus der Linkstraße ins zentralere Hausen, einem anderen Stadtteil, ziehen. Der Architekt Darioush Sattari und der Vorstand des Moscheevereins haben ein modernes Konzept für die Moschee entwickelt.¹ Die Hazrat-Fatima-Gemeinde träumt von einer Moschee mit Kuppel und Minaretten, die nicht nur Anlaufstelle für Gläubige sein soll. Kaymakci: *„Wir haben viele Ideen, insbesondere zu sozialen Angeboten und wollen etwas Neues machen.“*

„Zu viel für diesen Stadtteil“

Doch schon vor Baubeginn hatte es innerhalb des Stadtteils erhebliche Schwierigkeiten mit der Akzeptanz des Projekts gegeben. Im Sommer und Herbst 2007 entbrannte in Frankfurt eine heftige Debatte um das

¹ <http://www.fr-online.de/spezials/frankfurt-hausen-fatima-gemeinde-zeigt-moschee-plaene,1472874,2800498.html>

Bauvorhaben der Moscheengemeinde.

Einige Anwohner_innen organisierten sich in einer Bürgerinitiative gegen den Moscheebau. Sie argumentierten, dass es in Hausen bereits zwei Moscheen gibt und stießen sich an dem orientalischen Aussehen des Gotteshauses. Podiumsdiskussion folgte auf Podiumsdiskussion. Eine Annäherung zwischen der Bürgerinitiative und dem Moscheeverein gab es nicht. *„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bedenken Sie, dass der Allah des Koran mit dem Gott der Bibel nichts im Entferntesten zu tun hat“* schrieben wütende Bürger in einem offenen Brief an die Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Muslims in Frankfurt:

- Anfang der 60er Jahre wurde der erste islamische Verein gegründet
- der Hazrat Fatima-Moscheeverein besteht seit 1991
- heute leben ca. 70.000 muslimische Bürger_innen in Frankfurt
- sie sind in 35 Gemeinden organisiert

Dem Bauantrag wurde schließlich trotzdem stattgegeben, doch weitere Eskalationen ließen nicht lange auf sich warten. Eine Sitzung des Römer-Ausschusses sollte der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien dienen und die Möglichkeit zu Rückfragen bieten. Die Stadt organisierte eine Reihe von Veranstaltungen, doch die Stimmung blieb angespannt. Als ein Bürger die Zahl der „Migrantenkinder“ an Frankfurter Schulen kritisierte, kontierte die Grünen-Stadtverordnete Nargess Eskandari-Grünberg: *„Migration ist in Frankfurt eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.“* So prallten im multikulturellen Frankfurt Welten aufeinander, die eigentlich längst zusammen gehören.

Sinn fehlt wie ein amputiertes Bein

Die neue Moschee soll zwei Gemeinden unter-

schiedlicher Herkunft verbinden. Die Gläubigen kommen aus Pakistan und der Türkei. Sie alle teilen den schiitischen Glauben. Sie wollen ihn für die Außenwelt sichtbar machen, sich nicht länger in städtischen Randbezirken verstecken.

Gerade dieses demonstrative Selbstbewusstsein ist es, was etliche Hausener Bürger_innen scheinbar pikiert. Das Symbol einer anderen Kultur vor ihren Augen. Die Höhe der Minarette ist eines der Streitthemen. Ein Wahlplakat der Republikaner zu den Hessischen Landtagswahlen 2008 zeigte das Piktogramm einer Moschee, durchgestrichen wie bei einem Verbotsschild und den Schriftzug: *„Für ein Minarett-Verbot.“*

Der Einsatz des Moscheevereins für den Bau ihres Gotteshauses verdeutlicht, dass Religion als ein Teil der Kultur etwas Erfüllendes und Sinnstiftendes verkörpern kann. Ein Großteil der Bio-Deutschen wiederum ist nicht religiös praktizierend, wie eine aktuelle Studie der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland zeigt.¹ Einigen Menschen scheint der Glaube zu fehlen.

Der Soziologe Claus Leggewie beschreibt dieses Phänomen als *„Phantomschmerz“*: Der Glaube, der im Laufe der Generationen langsam entwichen ist oder zumindest den früheren Stellenwert verloren hat, hinterlässt eine Art Vakuum bei den Menschen. Mit aktiven Gläubigen konfrontiert zu werden löst dann eine Abwehrreaktion aus. In Hausen zeigen sich die Folgen davon.

„Egal was Sie sagen, wir lehnen diesen Bau ab“ Aufklären und offen sein für Nachfragen. Das sind die Mittel, die der Moscheeverein nutzt, um Vorbehalte abzubauen. Oft ist das kein leichtes Geschäft. Der Sprecher der Bürgerinitiative Horst Weißbarth reagiert abweisend auf Dialogveranstaltungen mit der muslimischen Gemeinde: *„Ich werde dort zwar hingehen, eine*

¹ <http://fowid.de/aktuelles/einzelansicht/artikel/religionszugehoerigkeit-der-deutschen-bevoelkerung/>

neue Moschee werde ich aber weiterhin ablehnen.“ Weißbarth zeichnet das Szenario eines *„muslimischen Ghettozustands“*, der durch weitere Moscheen entstehe.

Die Islamwissenschaftlerin Grudrun Krämer erkennt an der Auseinandersetzung in Hausen, dass einige Menschen nicht zwischen den Muslim_innen in Deutschland und solchen in der ganzen Welt trennen. Das daraus folgende Durcheinander von Informationen über den Islam erklärt für Krämer die Brisanz der Diskussion.

Gerade aus diesem Grund ist es wichtig, Moscheen in das Stadtbild zu integrieren, findet der grüne Europa-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit: *„Man muss den Muslimen Raum geben, denn je offener wir für Moscheebauten sind, desto offener und kritischer können wir uns mit dem Islam auseinandersetzen.“* Seine Äußerungen bei einer Podiumsdiskussion im Haus am Dom verhallen offensichtlich ungehört.

Der *“Fall Türkyilmaz”*

Eine Selbstverständlichkeit scheint das Zusammenleben mit Muslim_innen für einige Hausener_innen nicht zu sein. Aber nicht alle sind gegen die Moschee. Viele der rund 7000 Bürger_innen in dem Stadtteil sehen dem Bau des muslimischen Gotteshauses gelassen entgegen. *„In vier Jahren wird sich darüber garantiert keiner mehr aufregen“*, kommentierte ein Hausener zu Beginn der Debatte 2008.

Vier Jahre später ist der Bau der Moschee immer noch nicht abgeschlossen. Der Platz, den die Hazrat-Fatima-Moschee einmal einnehmen soll, ähnelt eher einer Brachfläche als einem religiösen Ort. Nur das Kellergeschoss, das die Moschee einmal tragen soll, ist schon zu erkennen.

Doch der Streit geht weiter. Knapp zwei Jahre nach Grundsteinlegung hatte ein Bericht im Magazin *„defacto“* des Hessischen Rundfunks

eine neue Debatte ausgelöst.¹ Der damalige Imam der Moschee Türkyilmaz soll an einer antiisraelischen Demonstration in Berlin teilgenommen haben, zu der die iranische Regierung aufgerufen haben soll. Nach der langwierigen, hitzigen Debatte um den Bau der Moschee traf der Beitrag einen empfindlichen Nerv. Kaymakci sieht darin eine Hetzkampagne und kritisierte die Rolle der Medien: *„Seit Jahren trägt die Sendung „defacto“ durch unsachgemäße Darstellungen zu einem falschen Bild der Muslime in der Wahrnehmung unserer Gesellschaft bei und schürt die Spaltung bzw. Polarisierung unserer Gesellschaft.“*²

Die Gelder, um den Bau der Moschee abzuschließen, fehlen momentan auch noch. Ein Mann steht mit dem Rücken zur Baustelle und raucht. Außer ihm ist niemand auf der Straße zu sehen. Sein kleiner Hund schnüffelt an dem Pfeiler des Plakats, das den Bauplan zeigt. *„Einen Bagger hab ich hier lange nicht gesehen. Und in der Zeitung stand auch nichts mehr“*, sagt der Hausener. Er wohnt schon seit fast 40 Jahren in dem Viertel und hat die Debatte um die Moschee mitverfolgt. Auf der anderen Seite der Straße sieht man die Parkplätze des Schwimmbads. Sie sollen von den Moscheebesucher_innen mitbenutzt werden. Im Freibad ist momentan noch nichts los. *„Mal sehen, ob das hier bald wieder munterer wird.“* meint er.

Der Mann ist optimistisch, dass sich die Hausener_innen mit ihrer neuen Moschee anfreunden werden. *„Geschrieben wurde ja viel, aber ich glaube, wenn die erstmal steht, findet schon jeder seinen Platz“*, sagt er. Wieviel Zeit vergehen wird, bis auf dem Kellergeschoss eine Moschee steht, ist bislang unklar. Was sich schon gezeigt hat ist, dass noch viel getan werden muss, bis sich etwas in den Köpfen einiger Frankfurter_innen ändert.

1 <http://www.youtube.com/watch?v=7Oe0DGuojfo>

2 <http://www.frankfurter-info.org/Nachrichten/stellungnahme-des-verein-der-hazrat-fatima-moschee-e.v.-zur-berichterstattung-in-der-hr-sendung-defacto-am-17.01.-und-07.02.2010>

PIA RAUSCHENBERGER, 23, studiert Psychologie in Leipzig. Die Moscheedebatte verfolgte sie als Schülerin in Frankfurt mit. Sie interessiert, welche Faktoren eine Offenheit gegenüber Muslim_innen beeinflussen. *„Einen ‘Phantomschmerz’ zu haben ist ja nicht per se schlecht. Schön wäre, wenn politisches Engagement uns vor einer inneren Leere bewahren könnte. Dafür sollten wir auch Konflikte in Kauf nehmen.“*

**Radhika
Natarajan**

Multilingualität einer Flüchtlingsfrau *Zwei Welten durch die Sprachbrille*

Als sie ihrem einstigen Land Sri Lanka entkam, konnte sie schon drei Sprachen. Shanthi eignete sich zudem Deutsch und Französisch in Deutschland an. Wie sieht die sprachliche Wirklichkeit dieser Frau aus? Woher schöpft sie Kraft für ihr gesellschaftliches Engagement?

Mit knapp 18 Jahren ist Shanthi über Indien nach Deutschland geflohen. Die Halbwaise hat ihre Mutter und drei Geschwister in Sri Lanka zurückgelassen; sie sind in den letzten 25 Jahren alle nach Kanada ausgewandert. Zunächst ist Shanthi zu Verwandten nach Norddeutschland gekommen und hat einen Antrag auf Asyl gestellt. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, doch Unterschlupf konnte sie finden und dann Fuß fassen. *„Ich glaube, mein Lebenslauf ist etwas ungewöhnlich für normale Migranten. Ich bin dann auch von den Verwandten weggezogen.“*

Glück im Unglück

Als Volljährige eingereist, bestand anfangs die Gefahr für Shanthi, in einem Flüchtlingsheim untergebracht zu werden. Mit Hilfe eines Anwalts ist es nicht so weit gekommen. Stattdessen kam sie zu einer Pflegefamilie. *„Ich hatte Glück, dass ich bei denen wohnen konnte.“* Bei der Familie hat sie dann *„durch das Sprechen im Haushalt“* Deutsch gelernt und medial vermittelt vom Fernsehen, aber auch aus Prospekten und Stadtteilzeitungen kleinere Texte entschlüsselt

und ihren Wortschatz erweitert. Zusätzlich hat sie auf den Rat eines Ausländerbeauftragten Kurse an der Volkshochschule besucht.

Shanthi sagt, sie empfinde ihre Ausgangslage als bedauerlich. *„Als Ausländer oder Asylant hat man weder eine Arbeitserlaubnis noch eine richtige Aufenthaltserlaubnis.“* Es sei sehr schwierig, Zugang zur Schule oder zur Ausbildung zu bekommen. Dennoch wurden die spärlich vorhandenen Zeugnisse anerkannt, und sie durfte mit der Schule anfangen. Auch deshalb, weil sich *„eine deutsche Frau für mich eingesetzt hat, und überall diskutiert, angerufen hat.“* Shanthi hat zunächst den Realschulabschluss bekommen, für den Besuch auf dem Gymnasium war sie nach Einschätzung der Behörden zu alt. Den Sekundarschulabschluss musste sie über andere Wege schaffen – am Ende hat sie das Abitur mit guten Noten bestanden.

Optimistisch gesinnt betont Shanthi, dass sie immerhin Glück hatte. Glück hatte sie nach der Schule, weil sie trotz allem einen Ausbildungsplatz bekommen hat. Das hat zwar lange gedauert, weil sie den Platz erst dann bekam, als sich keine Einheimischen dafür interessierten. Nur musste sie dafür den Wunsch aufgeben, zu studieren. Bei ihrer ersten Stelle wollte der Arbeitgeber nicht, dass sie sich durch Abendveranstaltungen weiterqualifiziert. Dadurch hätte sie, statt sich zu erholen, *„dann abends studiert und die Urlaubstage zum Lernen für die Prüfung genutzt.“*

Sie hat einen starken Willen – und Hilfe von außen. *„Wenn ich den Weg gegangen wäre, den mir die Gesellschaft vorgegeben hätte, dann wäre ich wahrscheinlich heute irgendwo eine Reinigungsfrau - oder krankgeschrieben, weil ich durch die Arbeit und die Situation psychisch so mitgenommen wäre, dass ich nicht mehr in der Lage wäre, ganz normal zu leben.“* Das ist leider die Situation von etlichen Flüchtlingsfrauen, die entweder aus finanziellen Zwängen weniger qualifizierten Erwerbstätigkeiten nachgehen oder das Gefühl haben, aus der entstehenden Kluft und der empfundenen Ausweglosigkeit he-

raus, ganz und gar handlungsunfähig zu sein. Shanthi hat sich jedoch berufsbegleitend als Baufachwirtin weiter qualifiziert.

Sprachliche Dreifaltigkeit

Im Norden Sri Lankas wurde Shanthi in eine *„gesellschaftlich angesehene Familie mit Bildungshintergrund“* geboren, wie sie sagt. Die Familiensprache war Tamil. Die dienstliche Versetzung ihres verbeamteten Vaters verschlug sie dann aber in den Süden des Landes. Hier verbrachte sie die ersten acht Jahre ihres Lebens, die Menschen um sie herum sprachen Singhalesisch. In ihrer mehrsprachigen Wirklichkeit wuchs sie Anfang der 70er Jahre mit den Sprachen Tamil, Singhalesisch und Englisch auf. Eingeschult wurde Shanthi auf Wunsch des zukunftsbedachten Vaters in einer singhalesischen Schule, dort lernte sie noch Englisch. Die Tür zu einer universitären Bildung sollte ihr nicht verschlossen bleiben. Tamil blieb zunächst bloß die innerfamiliäre Sprache.

Um diese sprachliche Dreifaltigkeit zu verstehen, muss man einen kleinen Blick in die Geschichte werfen. Sri Lanka ist sprachlich geteilt: während die Mehrheitssprache Singhalesisch in weiten Teilen des Landes - außer im Norden und im Osten - gesprochen wird, beherrscht etwa ein Fünftel der Bevölkerung die Minderheitensprache Tamil als Erstsprache und wohnt in erster Linie im Norden und Osten Sri Lankas. Die sprachliche Trennlinie fällt grob mit den zwei großen Glaubensrichtungen zusammen: Buddhismus stimmt mit der Sprache Singhalesisch überein, und Hinduismus ist mit der Sprache Tamil verwoben. Die Anhänger_innen der zwei kleineren Religionen dieses Landes, nämlich die Christ_innen und Muslim_innen, können – ihrer Erstsprache nach – einer der zwei größeren Sprachgemeinschaften zugeordnet werden.

Die politische Auseinandersetzung der zwei Sprachgemeinschaften schlug sich nach der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht im Jahr 1948 augenfällig in der Sprachpolitik nieder. Mit dem Gesetz *„Sinhala Only“* wurde

ab 1956 die Mehrheitssprache bevorzugt. Der Hochschulzugang für tamilische Studienaspirant_innen wurde 1971 erschwert. Die Begründung dafür war unter anderem das Entgegenwirken der einstigen Privilegierung der Tamil_innen in dem kolonialen Beamtenapparat.¹

Als Shanthi in der zweiten Klasse war, verstarb ihr Vater. Mit seinem frühen Tod fiel „die Grundlage“ weg, weiterhin im Südwesten des Landes zu wohnen, sagt sie. Mit ihrer Mutter und ihren drei Geschwistern zog Shanthi daher in den Norden zu ihren Großeltern. Zunächst wurde sie in die singhalesische Militärschule geschickt. „*Schon in der Heimat war ich tagsüber auf einer fremden Schule mit fremder Kultur, habe aber nachmittags eben in der Nachbarschaft hinduistisch gelebt*“, erzählt Shanthi. Nach etwa zwei Jahren wurde sie aber wegen des bürgerkriegsähnlichen Zustands abgemeldet und in eine tamilische Schule geschickt. Erst in der fünften Klasse lernte sie Tamil als Schriftsprache kennen.

Neben ihren besten Freunden, „*die ja alle Singhalesen und buddhistisch waren*“ und die sie überwiegend im Süden zurücklassen musste, begleitete sie zwar Singhalesisch eine Weile. Aber wegen der verfeindeten Lage und des sprachnationalistisch ausgetragenen Bürgerkriegs geriet die Sprache einige Jahre in Vergessenheit. Die Funken dieser Feindseligkeit konnten jedoch auf sie nicht überspringen, denn wenn Alltag, Erfahrung und Freundeskreis von Kindheit an unentwegt mit mehreren Sprachen und Religionen verflochten sind, dann ist wohl Aufgeschlossenheit die Folge.

Angekommen in Deutschland hatte sie andere Sorgen. Ihre Hoffnung, dass die englische Sprache als Brücke dienen würde und dass die Erfahrung der britischen Kolonialgeschichte Sri Lankas ihr in der Fremde weiter helfen würde, wurden beide gleichermaßen zerschlagen. „*Die Leute haben mich angeguckt und sind einfach weggegangen, wenn ich Englisch mit ihnen ge-*

sprochen habe“, erzählt sie. „*Alt und jung, alle sind sauer geworden. Ich habe mich irgendwann nicht mehr getraut, offen Englisch zu sprechen.*“ Das war mit ein Grund, warum sie in der Schule dann Französisch als Fremdsprache lernte.

Schuld der Überlebenden

Shanthi bedauert jedoch, dass sie ihren Verpflichtungen der Familie und den im Krieg Zurückgebliebenen gegenüber nicht nachkommen konnte. Ihre eigene Lage war in den ersten Jahren unsicher und sie hatte zwar eine befristete Aufenthaltserlaubnis, doch keine Arbeitserlaubnis. In ihrem Versuch, Normalität für sich selbst als nicht anerkannter Flüchtling in einer neuen Umgebung zu verschaffen, „*wollte ich einfach den regulären Weg gehen*“, sagt sie. Also: nicht illegal arbeiten und erstmal zusehen, dass sie selbst über die Runden kommt. Dieses Schuldgefühl und das Gefühl der Hilflosigkeit zehren an ihr. „*Weil ich einfach den Spagat nicht geschafft habe, mit der Schule aufzuhören und irgendwo arbeiten zu gehen, um für die Familie oder für Leute aus der Heimat da zu sein.*“

Zudem konnte sie sich den Wünschen ihrer Familie nicht beugen und sie erfüllen, indem sie einen passenden Mann gefunden und eine Familie gegründet hätte. Trotz ihres beruflichen Werdegangs – zunächst Baufachwirtin, dann Erfahrung in einer Baufirma, danach in einer Bank und letztlich bei der Stadtverwaltung – hat Shanthi ein Gefühl des Versagens, weil sie keine Anerkennung bei ihrer Mutter und ihren Geschwistern erfahren hat. Statt Stolz zu empfinden auf den Berufsweg Shantis – dass sie unabhängig von jeglicher Hilfe ist und selbständig ihr Leben gestaltet hat – ist die Mutter eher traurig. Shanthi empfindet sich daher als das schwarze Schaf der Familie.

Bringschuld: kompensatorische Funktion

Um diesem Schuldgefühl und dem Gefühl des Versagens entgegenzuwirken, hat Shanthi ihre Erfahrung zur Verfügung gestellt. „*Was ich aber*

¹ <http://www.suedasien.info/analysen/2849>

gemacht habe, in meinem Leben hier: dass ich aber den Leuten, die ich hier kannte, sprachlich unterstützt habe.“ Sie berät ihre Landsleute bei den zahlreichen Behördengängen und rechtlichen Angelegenheiten. *„Und es gab einen Fall, wo ich einen fast todeskranken Menschen begleitet habe, da musste ich kurzfristig eine Urkunde übersetzen.“* Zu dem Zeitpunkt hat sie sich vereidigen lassen, sodass das Dolmetschen, das sie ohnehin machte, auch amtlich anerkannt wurde. Sie ist mehr als 10 Jahre vereidigte Dolmetscherin und begleitet fortwährend Menschen je nach Bedarf.

Mit dem Aufwachsen der zweiten Generation sri-lankisch tamilischer Flüchtlinge sind allmählich mehrere Familien imstande, sprachliche Unterstützung innerhalb der eigenen Familie zu erfahren. Es war Zeit, Shantis Engagement auf andere Migrantengruppen zu erweitern. Da hörte sie von dem Lokalen Integrationsplan, der von jedem Bundesland unterstützt wurde und entschied sich mitzumachen.

Zunächst hatte Shanthi Bedenken, denn sie konnte aufgrund ihres straffen Zeitplans nicht zu jederzeit ehrenamtlich tätig sein. Aber dann erfuhr sie von der Besonderheit: *„wir sind ja auch nur ansprechbar für Behörden, keine Privatleute.“* Über die Volkshochschule, die nicht nur die Ausbildung zur Integrationslotsin durchführt, sondern auch als Koordinationsstelle fungiert, hat sie Zugang zu verschiedenen Menschen aus etlichen Ländern. Darüber hinaus ist sie aktiv beteiligt an einem umweltpolitischen Verein, *„bei dem Energieberatung, Energiesparen und Nachhaltigkeit besonders an Migranten orientiert angeboten wird.“* Viel Zeit hat sie nicht für ihre ehrenamtliche Aufgabe, aber die nimmt sich Shanthi trotz Vollzeitbeschäftigung, so oft sie kann.

„Nicht unbedingt auf die Wörter fixiert“

Shanthis Biographie zeugt von der Überkreuzung der persönlichen, institutionellen und der gesellschaftlichen Ebenen. Sie zeigt, wie in mancher Hinsicht Sprachnationalismus Menschen

zur Flucht zwingen kann - und zugleich Sprachkenntnisse und Aufgeschlossenheit anderer gegenüber als Brücke und Linderung fungieren können.

„Ich fand es immer schön, wenn eine Gruppe von Menschen zusammensaß, Deutsche und Menschen aus anderen Ländern; und alle unterhielten sich“, erzählt Shanthi. Wenn man *„nicht unbedingt auf die Wörter fixiert“* war, dann hat man *„komplett und genau verstanden, was der Mensch sagen will“* meint sie. *„Das war dieses sprachliche Denken, Mitdenken und Zuhören.“*

RADHIKA NATARAJAN ist Doktorandin und Lehrbeauftragte am Deutschen Seminar an der Leibniz Universität Hannover. Sie promoviert interdisziplinär zur Schnittstelle Sprache, Fluchtmigration und Gender. Sie befasst sich mit der Frage, ob und wie sich Sprachkenntnisse und Alltagsbewältigung gegenseitig bedingen. Sie bietet Seminare zu den Bereichen Zweitspracherwerb und Mehrsprachigkeit an. Zuvor war sie Ausbilderin und Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache am Goethe Institut Mumbai, Indien.

**Shida
Bazyar**

Institutioneller Rassismus in Deutschland *Verprügelt, beschimpft – und angeklagt*

Weil er sich mit einem Türsteher zu lange um eine Flasche stritt, wurde E. von der Polizei niedergeschlagen und verletzt. Aktivist_innen glauben, dass es an seiner Hautfarbe lag. Nun steht er als Angeklagter vor Gericht.

36 Sitzplätze bietet der Raum des Amtsgerichts Hannover, in dem der Prozess um E. (Name der Redaktion bekannt) verhandelt wird. 36 Sitzplätze, die vornehmlich durch Studierende der Leibniz Universität Hannover belegt werden. Das Referat für Ausländer_innen des Allgemeinen Studierendenausschusses (AstA) hatte zur Teilnahme an dem Prozess mobilisiert. Es geht um einen ehemaligen Studierenden der Universität, einen von ihnen, der vor einem halben Jahr in einen umstrittenen Polizeigewahrsam genommen wurde.

E. lebt seit 4 Jahren in Deutschland und kam zum Studium aus dem Senegal hierher. Sein Fall wurde auch über die Grenzen Hannovers, mehrheitlich in Studierendenkreisen publik gemacht. Als er mit dem Türsteher eines Clubs über eine Flasche diskutierte, die er dabei hatte, soll er ohne jegliche Vorwarnung von Polizisten niedergeschlagen und verletzt worden sein. Aber nicht die Polizisten wurden angeklagt, sondern E. Die Begründung: Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung.

Flugblätter des Ausländer_innenreferat der Universität dagegen bewerteten die Haltung der Polizisten als rassistisch und mobilisierten zur solidarischen Prozessbegleitung. So ließ ein Kommilitone auf der Homepage des AstA verlauten: *„Der Betroffene konnte offensichtlich keinen Widerstand leisten, da er von hinten angegriffen wurde. Dieser sogenannte ‚Tatbestand‘ ist lediglich der Vorwand, hinter dem die Polizisten ihre fremdenfeindliche Motivation für den Übergriff auf den afrikanischen Kommilitonen verstecken“.*

Vorangegangene Fälle scheinen solche Vorwürfe zu bestätigen – vor allem in Hannover. So wurde die rassistische Gewaltbereitschaft der Polizei gegen einen Togolesen im Winter 2008 sowie gegen einen Libanesen, der im Herbst 2010 von Beamten niedergeschlagen wurde, öffentlich gemacht. In beiden Fällen erwiesen sich die Vorwürfe gegen die betroffenen Personen als schlichtweg falsch. In beiden Fällen waren verbale Schikanen der Polizisten aufgrund der Herkunft und der Hautfarbe der Opfer Teil des Geschehens.¹

Widersprüchliche Zeugenaussagen

In E.s Version des Abends hat er sich nicht gegen die Polizisten wehren können. Er hätte nicht einmal gewusst, wer es war, der ihn niederschlug, sagt er im Prozess. Man habe seinen Haarzopf gefasst und ihn daran über den Boden gezogen. Auf dem Weg zur Polizeiwache, insbesondere aber dort, habe man ihn mit rassistischen Äußerungen beleidigt. Bei der Blutabnahme sei er gefragt worden, ob er denn tatsächlich auch Sonnenbrand kriege. Man habe ihn angewiesen, sich nicht auf den Stuhl zu setzen - er musste sich stattdessen auf den Boden setzen, neben den Stuhl.

Dass dies jedoch nicht Teil des Prozesses werden soll, macht der Richter früh deutlich: hier gehe es um den Tatvorwurf des Widerstands – den E. von sich weist. Das sehen Zeugen anders. Die zwei Männer, die im Prozess aussagen, beteuern, dass E. aggressiv und betrunken war.

¹ <http://www.taz.de/!69307/>

E. habe sich nicht an die gängigen Club-Regeln gehalten, habe die Männer mit einer Flasche bedroht, sie angegriffen, sagen sie. Beide Zeugen sprechen dabei von völlig unterschiedlichen Positionen und Handlungen, widersprechen sich und reagieren gereizt auf die Fragen des Rechtsanwaltes.

Nichts von der Attacke mit der Flasche hatten die Zeugen zuvor im Polizeibericht genannt – diese Berichte seien ja auch oft „sehr schnell“ geschrieben, sagt der Richter. *„Lesen Sie sich diese Berichte in Zukunft bitte durch, bevor sie sie unterschreiben“*, sagt er, nennt sie im weiteren Verlauf *„die Türsteher“* oder nennt sie beim Vornamen. Und beschließt, auf die Aussagen der anderen Clubmitarbeiter zu verzichten.

Die Aussagen der beiden Zeugen führen zu verhaltenem Gelächter unter den Zuschauer_innen. Die widersprüchlichen Aussagen und die aggressive Redehaltung werden belächelt - der Vorwurf des Angriffes von Seiten des Opfers wirkt widerlegt. Was hängenbleibt sind die Formulierungen. E. sei kaum zu *„bändigen“* gewesen, *„so einer hat ja auch Kraft!“*, heißt es.

Stigmatisierende Formulierungen, die auf die Einstellungen der Männer schließen lassen. Die an der Oberfläche des Prozesses bleiben werden und doch zur Färbung des Geschehens beitragen. Die Reaktion von E.? Er lacht mit. Wirft immer wieder Blicke zu den Zuschauer_innen. Immer wieder öffnet sich die Tür und es betreten weitere junge Menschen den Saal. Er hatte sich ihre Unterstützung gewünscht, hatte sich an verschiedene Stellen gewandt, um sie zu erhalten. Und erhält sie nun nicht nur in Form von physischer Rückendeckung, sondern auch durch die Reaktionen der Zuschauer_innen.

Eine solidarische Prozessbegleitung

E.s Lachen zeigt die Dimensionen, die eine solidarische Prozessbegleitung einnehmen kann. Und nicht selten ist sie gefährlich. So werden oftmals diejenigen, die der Exekutive eine rassistische

Grundhaltung vorwerfen, selbst kriminalisiert. Ein gegenwärtiges Beispiel dafür ist der Fall Oury Jalloh¹, der erst durch Unterstützer_innen publik gemacht wurde und dabei institutionell durch die Polizeijustiz behindert wird. So hatte eine Initiative aus Freunden, Familienangehörigen und Aktivist_innen begonnen, die Aufarbeitung des 2005 unter mysteriösen Umständen in einer Dessauer Gefängniszelle verbrannten Mannes aus Sierra Leone einzufordern. Die Gerichtstage wurden von ihnen begleitet, dokumentiert, der Fall Oury Jallohs hat deutschlandweit einen Bekanntheitsgrad erreicht. Wer als Schwarzer in Deutschland in einer Gefängniszelle sitzt – unabhängig von seinen Delikten - scheint sich selbst im Sicherheitstrakt in rechtsfreiem Raum zu befinden. So zumindest lautet der Vorwurf immer wieder, immer lauter.

Die Beobachter des Prozesses standen unter massiver Polizeiüberwachung. Einschüchterungsversuche häuften sich, manchmal auch mit perfiden Mitteln. So musste ein Mann, der auf einen Baum kletterte, um einen Gegenstand aus den Ästen zu befreien, mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch rechnen.

Ein noch bezeichnenderes Beispiel der Kriminalisierung stellt der Freund des Opfers, Mouctar Bah, dar. Der Mitbegründer der „Initiative Oury Jalloh“ fiel durch sein Engagement auf und wurde systematisch verfolgt, beispielsweise ohne Ankündigung von Polizisten in Zivil in seiner Wohnung aufgesucht, um ihn verbal einzuschüchtern. 2006 entzog man ihm die Gewerbe­lizenz für sein „Telecafé“ unter nie bewiesenen Vorwürfen. Anfang 2012 wurde er nach einer Demonstration von Polizisten bewusstlos geschlagen und verbrachte einige Tage im Krankenhaus.

Zwar wurde Bahs Engagement von anderen Seiten gewürdigt, wie die Verleihung der renommierten Menschenrechtsauszeichnung der Carl-von-Ossietzky-Medaille² 2009 zeigt. Dennoch

1 <http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>

2 <http://www.taz.de/!37758/>

wurde seine Kriminalisierung intensiver betrieben als die der Polizisten, welche unter dem Vorwurf stehen, Oury Jalloh in seiner Zelle seinen Verbrennungen ausgeliefert zu haben.

Als Polizist im Zeugenstand, als „Migrant“ kein Täter

Diese Umstände werden den Besucher_innen des Falles E. bekannt sein – abgeschreckt hat es sie dennoch nicht. Vielmehr ist die Prozessbeobachtung eine Möglichkeit, sich ein erweitertes Bild der Exekutiven zu machen. Nicht zuletzt, weil unter den vorgeladenen Zeugen auch jener Polizist ist, der von E. verletzt worden sein soll.

Seine Beschreibungen des Vorfalls sind gut sortiert, werden höflich und ruhig vorgetragen, seine sachlichen Aussagen stehen in starkem Kontrast zu den vorangegangenen Zeugen. Ähnlich jedoch ist das, was er über E. erzählt. Dieser habe sich bei der Unterhaltung mit dem Türsteher aggressiv verhalten. Beim Eingreifen der Polizei habe er sich gewalttätig gewehrt, ihn auf den Unterarm geschlagen, sodass er einen blauen Fleck davon getragen hat. So habe man E. niederschlagen müssen. Da der Polizist selbst der Kraft E.s nicht gewachsen war, haben seine Kollegen eingegriffen. Dass einer seiner Kollegen schließlich einen Schlagstock verwendet hat, das habe er gar nicht mitgekriegt, davon habe er überhaupt erst später erfahren.

Als der Richter fragt, ob dieses Vorgehen von Nöten gewesen sei, oder ob der Polizist im Nachhinein glaubt, man hätte anders reagieren können, antwortet dieser: *„Wir haben an solchen Abenden immer einen sehr großen Druck auf uns lasten. Zuvor aber wurde uns gesagt, die Lage wäre ruhig und also war auch ich ruhig.“* Der Richter gibt sich mit dieser Antwort zufrieden und bekundet später, sich nicht *„anmaßen zu wollen“*, über *„den Stress und den Druck, dem man um diese Uhrzeit als Polizist ausgesetzt ist, zu urteilen“*.

Es widerspricht ihm niemand - ob es an seiner Argumentation oder an seiner Position liegt, ist schwer zu sagen. Die Frage, die im Raum steht, lautet dennoch: Wer darf es sich dann anmaßen, über die Handlungen der Polizei zu urteilen?

Der Richter fragt E. schließlich, ob der vorgeladene Zeuge ebenfalls an den angemerkten rassistischen Beleidigungen beteiligt war. „Definitiv“, lautet die Antwort. Der Richter zögert, schaut in seine Akten, wendet sich dann an den Zeugen: „*Sie haben doch auch, wie man heutzutage so schön sagt, einen Migrationshintergrund?*“ Der Zeuge antwortet prompt: „*Ja, ja. Meine Eltern sind aber vor vierzig Jahren schon eingewandert. Ich hab hier studiert, ich...*“, er schüttelt den Kopf. Als würde er diese Information lieber nicht vertiefen wollen, als würde sie ihn belasten. Dabei ist nicht zu übersehen, dass der Richter die Information als Argumentation gegen eine mögliche Diskriminierungsposition verwenden würde.

Doch E. führt seine Vorwürfe aus. Nachdem er am Morgen entlassen wurde, habe er den vorgeladenen Zeugen noch einmal angesprochen. Ob er Feuer für seine Zigarette haben könne, habe er gefragt. Die Antwort habe gelautet: „*Von mir kriegst du nichts mehr. Verschwinde, du Affe!*“ E. spricht den Zeugen bei seinen Ausführungen direkt an, spricht klar und deutlich, hat einen leichten Akzent und macht gelegentliche grammatikalische Fehler. So duzt er den Zeugen, wird dabei vom Richter ermahnt: „*Hier bei uns ist es üblich, dass man Polizisten siezt!*“, wirft dieser ein, korrigiert sich selbst: „*Und ebenso Zeugen, und Menschen, die im Zeugenstand vernommen werden.*“

Aus Dienstgründen muss der Polizist auf die Vorwürfe nicht eingehen und schweigt dazu. Der Richter kann insgesamt „*keine rassistische Motivation erkennen*“. Was auf der Polizeistation vorgefallen sei, das müsse man noch im Einzelnen klären. Der Fall wird vertagt, weil eine weitere Zeugin eingeladen werden soll. Sie soll den Vorwurf, E. sei aggressiv und gewalttätig gewesen, entlasten.

Polizeilicher Rassismus: kein Einzelfall

E. will Anzeige erheben gegen das, was man ihm von Seiten der Polizist_innen angetan hat. Die Studierenden kommentieren dies auf ihrer Homepage: „*Wie groß die Aussicht auf Erfolg einer solchen Anzeige ist, kann man sich am Misserfolg aller bisherigen Anzeigen gegen die Polizeidirektion Mitte ausrechnen.*“

Und es bleibt anzunehmen, dass das Argument der Nothilfesituation von Seiten der Polizei nur schwer zu entkräften ist. In vergangenen Fällen aus anderen Teilen Deutschlands wurden mit der Behauptung eines Angriffes sogar tödliche Übergriffe gerechtfertigt, die von Aktivist_innen als rassistisch motiviert wahrgenommen werden. So wie im Falle von der aus Nigeria stammenden Christy Schwundek.¹ 2011 wurde sie im Rhein-Main-Jobcenter Mitte bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei während Beruhigungsversuchen erschossen. Das Ermittlungsverfahren gegen die Polizistin wurde wenig später eingestellt. Man könne sich darauf verlassen, dass sie auf einen „*guten Ausgang*“ des Schußwaffeneinsatzes vertraut habe.

Ähnlich verhielt es sich bei dem Fall von Mareame Sarr, einer jungen Frau aus dem Senegal, die 2001 in Aschaffenburg bei einer Auseinandersetzung mit ihrem Ehemann von einem Polizisten erschossen wurde. Dieser ist weiterhin in seinem Amt tätig, sein Schuss wurde gerechtfertigt, da Mareame Sarr „*gewalttätig*“ und ihrem Mann „*physisch überlegen*“ gewesen sei. Die Künstlerin und Aktivistin Noah Sow kommentiert diesen Fall mit den Worten: „*Die Frage, warum sich zwei Polizisten und ein Ehemann gegen eine einzelne Frau nur wehren konnten, indem sie sie töteten, ist bis heute unbeantwortet*“. Weiterhin führt sie aus: „*Offensichtlich gelten für Schwarze Bürger andere Regeln im Umgang mit der Polizei als für weiße. Wenn sie sich Polizeiwilkkür nicht gefallen lassen wollen, haben sie gute Chancen, misshandelt, dafür angezeigt und verurteilt zu werden.*“

¹ <http://initiative-christy-schwundek.blogspot.de>

Nicht nur an diesen Beispielen, auch in einer Vielzahl anderer Fälle kann man eine ähnliche Struktur erkennen. Insgesamt ermittelte die Staatsanwaltschaft innerhalb der letzten drei Jahre in 156 Fällen gegen die Polizeiinspektion Hannover Mitte. Hauptsächlich bezog man sich auf Gewalteinsätze der Polizist_innen, immer blieb deren Verurteilung aus. Dieser Missstand in den polizeilichen Behörden Deutschlands wurde auch von Amnesty International¹ festgestellt. So lautet deren Beobachtung schon seit längerem: *„Bei Festnahmen und in Polizeigewahrsam kommt es immer wieder zu Beleidigungen und Misshandlungen. Die Europaratskommission gegen Rassismus und Intoleranz hat in ihrem letzten Bericht über Deutschland festgestellt, dass eine auffällig hohe Anzahl der gegen Polizeibeamte gerichteten Beschwerden von Ausländern stammt. Regelmäßig werden Strafanzeigen von Bürgern gegen die Polizei mit Widerstandsanzeigen gegen die Beschwerdeführer beantwortet. Nur selten führen Strafverfahren gegen deutsche Polizisten zu einer Verurteilung.“*

Ob E. eine weitere Zahl in den traurigen Analysen wird, ist nicht abzusehen. Sein Fall jedoch hat mindestens 30 jungen Zuschauer_innen und weit darüber hinaus interessierten Kommiliton_innen ein Gefühl dafür gegeben, wie institutioneller und struktureller Rassismus aussehen kann und wie er sich mitunter verkleidet. Ob es die Schilderungen E.s waren oder die Hierarchien, die sich schon im Gerichtssaal ausmachen konnten: Dass Rassismus nicht von einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe ausgeht, sondern seine feste Verankerung hat, ist nicht zu leugnen. Und die Geschichte von E. ist nicht die erste, die davon erzählt. Und sie wird auch nicht die letzte sein.

SHIDA BAZYAR ist 23 Jahre alt und hat in Hildesheim den Bachelor im Studiengang Kreatives Schreiben und Kulturjournalismus gemacht. Im Moment studiert sie den Master Literarisches Schreiben und arbeitet an ihrem ersten Romanprojekt. Seit sie sich intensiv mit Kritischer Weißseinsforschung auseinandersetzt, wundert sie sich immer wieder, wie gegenwärtig der Vorwurf des staatlichen Rassismus¹ ist und wie selten die Medien diesen thematisieren. Nach der solidarischen Begleitung eines Gerichtsprozesses war ihr schnell klar, dass darüber weitaus mehr gesprochen werden muss. Und geschrieben auch.

¹ <http://www.amnestypolizei.de/>

Su-Ran Sichling

Kunst als öffentlicher Raum *Deutsch ist nicht die Eintrittskarte*

Gesellschaftliche Teilhabe erfolgt nicht unbedingt über das Erlernen der deutschen Sprache. Es geht auch anders. Verschiedene künstlerische Strategien erproben Alternativen für eine öffentliche Mitsprache von Migrantinnen und Migranten.

Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration liegt - so die allgemein akzeptierte Ausfassung deutscher Integrationspolitik - im Erlernen der deutschen Sprache. Berater_innen, sogenannte „Integrationslotsen“, begleiten in speziellen Förder- und Förderprogrammen den Integrationsprozess. Direkt damit verbunden ist das Versprechen auf politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe an der deutschen Gesellschaft.

Mit dem Heranwachsen einer Generation von Kindern mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, lässt sich die Einhaltung dieses politischen Versprechens überprüfen. Kritiker_innen des deutschen Integrationsdiskurses sehen in einem perfekten Deutsch jedoch keine Eintrittskarte in die deutsche Gesellschaft. Man kann eine Sprache sprechen, aber auf politischer Ebene trotzdem nicht gehört werden.

Um wirksam sprechen und somit agieren zu können, so der serbisch-österreichische Autor Ljubomir Bratic, müssen sich Migrant_innen in jenen Räumen ansiedeln, in denen das Sprechen

dieser Sprache auf Resonanz stößt. Erst wenn sich migrantische Perspektiven in den politischen Entscheidungsebenen etabliert haben kann man von einer aktiven Teilhabe sprechen. Zu einer umfassenden Einschätzung der deutschen Gesellschaft ist es mittlerweile zwingend, eben solche Perspektiven mit einzubeziehen.

Aber auch positive - wenn auch noch seltene - Beispiele können genannt werden: Deutsch-türkische Unternehmer_innen und Politiker_innen zeigen wie sie die Gesellschaft aktiv mitgestalten und teilweise migrantische Themen durchfechten. Die CDU-Politikerin Aygül Özkan spricht hier von einem Signal das an einer wichtigen Stelle gesetzt werden muss. Diese wichtigen Stellen sind politischer, ökonomischer oder sozialer Natur und müssen ständig neu ausgehandelt werden, je nachdem wie sich die Gemengelage und die Kräfteverhältnisse einer Gesellschaft ändern.

Es ist das sich ständig wandelnde Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses, der geführt wird von Politiker_innen, Lobbyist_innen, Medienmacher_innen und Bürger_innen, von denen mittlerweile jedeR Fünfte einen Migrationshintergrund aufweisen kann.

An diesem Diskurs beteiligen sich aber auch immer wieder Künstler_innen. In Zeiten der Globalisierung und der damit verbundenen Migration sind kulturelle Identität, Differenz und Minorität Begriffe, die im kulturellen Feld aufgegriffen und mitgestaltet werden. Normierte und verfestigte Vorstellungen von nur einer denkbaren Identität wurden schon immer von Künstler_innen hinterfragt und untergraben. Somit eröffnen Kunstwerke im besten Sinn Räume, in denen normative Annahmen in Frage gestellt werden und andere, mitunter auch ungewohnte Aussagen Platz finden. Auf künstlerischer Ebene erlangen Themen wie Migration oder Belange von Minderheiten Aufmerksamkeit, um in einem zweiten Schritt in eine politische Debatte eingespeist werden zu können.

So gibt es sowohl Künstler_innen, die auf globaler

Ebene zwischen den Kulturen arbeiten oder aber solche, die kritisch nach den Lebenswirklichkeiten und normativen Werten ihres Landes fragen. Künstlerische Performances, die das „Rollenspiel“ in sich tragen, bringen darüber hinaus andere mögliche Realitäten zur Sprache.

Ausstellungen zum Thema Migration und Sprache:

- Found in Translation, Deutsche Guggenheim Berlin, 28.1 bis 29.4.2012
- Die Notwendigkeit und die Schwierigkeit, sich über kulturelle und historische Schranken hinweg zu verständigen, ist heute ein unvermeidlicher Aspekt des Lebens.
- Yto Barrada: Riffs, Deutsche Guggenheim, 15.4 bis 19.6. 2011
- Yto Barrada setzt sich in ihren Arbeiten seit über einem Jahrzehnt intensiv mit den politischen Realitäten in Nordafrika auseinander. Sie thematisiert die zentralen Fragen der globalen Gesellschaft
- Heimatkunde. 30 Künstler blicken auf Deutschland, Jüdisches Museum Berlin, 16.9. 2011 bis 29.1. 2012
- Die Ausstellung geht der Frage nach, wie diese Gesellschaft nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Eingeständnis Deutschlands, ein Staat mit heterogener Bevölkerung zu sein, kollektive Selbstvergewisserung definiert.
- Quartier für Vielflieger, 29.8 bis 12.9.2010, Kreuzberg Museum, Berlin
- Die türkische Künstlerin Secil Yaylali baute mit Kreuzberger Kindern Nistkästen für Zugvögel - als Zeichen der Gastfreundschaft und um Verständnis für Menschen zu wecken, die an mehreren Orten Zuhause sind.

Ai WeiWei als globaler und interkultureller Künstler

Das Werk des chinesische Künstlers Ai WeiWei reflektiert beispielsweise neue länderübergrei-

fende und technologische Realitäten. Ai Weiwei arbeitet und denkt aus einer chinesischen Tradition heraus – seine Biografie ist davon tief geprägt. Seine Erfahrungen und Äußerungen beziehen sich jedoch sowohl auf China als auch auf den Westen. Seine künstlerische Arbeitsweise macht weder vor einem großen Spektrum an medialen Ausdrucksmöglichkeiten noch vor geographischen und kulturellen Grenzen Halt. Sein Formenverständnis schöpft er aus einer jahrhundertalten chinesischen Tradition und verknüpft sie mit Themen von globaler Bedeutung.

Für die Arbeit „Sunflower Seeds“¹, die er 2010 in der Tate Modern zeigte, ließ er beispielsweise chinesische Arbeiter_innen mehrere Millionen Sonnenblumenkerne in Porzellan anfertigen. Allein die Arbeitsbedingungen in China ermöglichten es ihm eine solch umfangreiche Massenanfertigung in Auftrag zu geben. Gleichzeitig thematisierte er damit die Frage nach Reproduktion und Original und griff damit große kulturelle Unterschiede im westlichen und chinesischen Verständnis zu Kopie und Einzelstück auf.

Während der Westen immer wieder die Einzigartigkeit eines Kunstwerkes und die Subjektivität des Künstlers beschwört, ist das chinesische Denken eingebunden in die Vorstellung von wiederkehrenden zyklischen Ereignissen. Eine exakte Reproduktion eines beispielsweise antiken Kunstwerkes wird in China nicht als Fälschung angesehen, sondern zeugt von hoher Könnerschaft.

Immer wieder lässt Ai kulturelle Vorurteile und Vorstellungen beider Kulturkreise aufeinander prallen, so auch während der Dokumenta 12² in Kassel, als er 1001 Chines_innen nach Kassel einlud. Zwar ging es hier natürlich um das kulturelle Kennenlernen, wie es der Arbeit übergreifend in den Medien attestiert wurde, trotzdem könnte man darüber hinaus annehmen, dass Ai

1 <http://artasiapacific.com/Magazine/72/SunflowerSeedsAiWeiwei>

2 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst/documenta-kuenstler-bringt-1001-chinesen-nach-kassel-1409032.html>

hintersinnig und humorvoll mit den Ängsten des Westens vor den „gelben Massen“ spielt, wie sie sich immer wieder in der medialen Debatten offenbart, wenn von der „Überschwemmung der Märkte durch chinesische Massenproduktion“ gesprochen wird.

Seine zahlreichen Blogs und Interviews³ sind demnach nicht von seinem künstlerischen Ansatz zu trennen: hier testet er die Grenzen und Regeln der Kunst aus und bedient sich neuer technischer Errungenschaften, die seine Haltung zu transparenter Öffentlichkeit und Anregung zur Verantwortungsübernahme eines jeden Einzelnen vertreten. Immer ist seine Zielrichtung grenzüberschreitend. Denn: nicht nur China hat es nötig, sich „aufklären“ zu lassen zu Demokratie und persönlicher Mitbestimmung – darüber sollten sich auch die westlichen Staaten sowie jeder westliche Bürger bewusst werden. Ai Weiwei kratzt sowohl an der westlichen Arroganz, sich anderen Kulturen überlegen zu fühlen, als auch an der chinesischen Staatshaltung, alles zu unterdrücken, das dem Mehrheitswillen entgegensteht.

Ländertypische Normen und Werte aus künstlerischer Sicht

Anders als Ai beschäftigen sich einige Künstler_innen eher ausschließlich mit den Wertvorstellungen ihres Heimat- oder Gastlandes. Mit der wachsenden Zahl von legalen und illegalen Migrant_innen in die Europäische Union begann in den 90er Jahren endlich die Debatte um eine gemeinsame Integrationspolitik. Die deutsche Diskussion um Migration und Identität wurde somit in einen größeren Kontext eingebunden. Zugleich wuchs das Bewusstsein um ein gemeinsames Gefühl des Europäischseins auf Seiten der seit Jahren in europäischen Städten fest verwurzelten MigrantInnen. Auf eine längere Migrationsgeschichte blicken die USA, deren Gesicht durch die vielen Einwanderungswellen die im Laufe der Jahrhunderte gebildet wurde.

3 <http://www.zeit.de/2012/11/L-Ai-Weiwei>

Die Videoarbeit „N“ as in Nancy¹ des amerikanischen Künstler Matt Keegan zeigt zwei Bildschirme. Auf dem einen Bildschirm spricht die Mutter des Künstlers, eine Englischlehrerin, englische Begriffe aus, die als spanische Übersetzung im Untertitel erscheinen. Die aufgesagten Begriffe sind als fotografisches Pendant auf dem zweiten Bildschirm zu sehen. Diese Fotos werden in Amerika als Karten eingesetzt, um die gelernten Wörter zu verbildlichen. Die Arbeit behandelt die implizierte Wertevermittlung der amerikanischen Leitkultur beim Sprachunterricht für Migrant_innen, wenn beispielsweise beim Begriff „Familie“ eine weiße Mittelklasse-Familie mit einem Sohn und einer Tochter glücklich beim Frühstück sitzt.

Die deutsche Kultur ist Thema der Arbeit „Lerne Deutsch mit Petra von Kant“² des aus Singapur stammenden Künstlers Ming Wong. 2007 zog er nach Berlin. Die Vorbereitungen für seinen Aufenthalt fielen besonders aus: In seiner Überzeugung, dass der beste Einblick in eine fremde Kultur über Filme zu erhalten sei, wählte er Fassbinders Film „Die bitteren Tränen der Petra von Kant“ als kulturellen Leitfaden für deutsche Eigenheiten. In einem zehnmütigen Video ersetzt er die Rolle der Petra von Kant, indem er ihre Texte spricht ohne ein Wort Deutsch zu können. In seiner Rolle spielt er Bewegungen und Gefühle durch, mit denen er sich als 35jähriger, schwuler und einer Minorität angehöriger Künstler für Berlin vorbereitet. Ernsthaft tastet er sich an die „deutsche Kultur“ heran und bietet dem Betrachter eine andere Perspektive auf Deutschland, indem er mit Geschlechterrollen, Homosexualität und postkolonialen Mustern spielt.

Kunst im öffentlichen Raum

Ein weiterer Schritt zu Resonanzräumen, in denen politische Forderungen formuliert werden, sind künstlerische Aktionen im öffentlichen

1 <http://vimeo.com/39892482>

2 <http://www.youtube.com/watch?v=mFHptG3dm0U>

Raum. Feridun Zaimoglus Fahneninstallation „Kanak Attack. Die dritte Türkenbelagerung“³ konfrontierte 2005 die Besucher der Kunsthalle Wien mit uralten europäischen Ängsten. Durch die komplette Verkleidung der Fassade des Ausstellungsgebäudes mit 420 türkischen Flaggen wies der deutsch-türkische Autor und Künstler symbolisch und öffentlichkeitswirksam auf die Präsenz der 50.000 in Wien lebenden Mitbürger_innen mit türkischem Migrationshintergrund hin.

Dass die Aktion zu öffentlichkeitswirksamen Kontroversen führte wie beispielsweise der Slogan der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). „Wien darf nicht Istanbul werden“, wurde vom Künstler mit den Worten kommentiert: „*Der Turban-Osmane während der Türkenbelagerung ist nicht irgendein Kapitel in den Geschichtsbüchern, sondern im Volksbewusstsein sehr präsent.*“ Und weiter sagt er: „*Insofern ist die Aktion eine Erweckung der guten und der bösen Geister. Jetzt reiben sich die Wiener die Augen und fragen*“ sich: „*Haben wir das alles getan, damit nun irgendein verrückter Deutsch-Türke daherkommt und die Insignien der feindlichen Macht aufhängt?*“

Ähnlich direkt auf die politische Situation der EU geht die serbisch feministische Performancekünstlerin Tanja Ostojic in ihrer Arbeit „Looking for a Husband with EU-Passport“⁴ ein. So machte sich das Internet zunutze, um auf die Situation der Frauen aus Südosteuropa hinzuweisen, denen die europäischen Grenzen lediglich im Falle einer Heirat mit einem EU-Bürger offen stünden. Im Jahr 2000 veröffentlichte sie im Netz ihre Arbeit, in der sie sich mit abrasierten Haaren präsentierte. Die „Annonce“ führte zu der Heirat mit einem Kölner Künstler, von dem sie sich 2005

3 [http://www.literaturport.de/index.php?id=26&user_autorenlexikonfrontend_pi1\[al_aid\]=992&user_autorenlexikonfrontend_pi1\[al_opt\]=2&cHash=fb0138ed2e7f8a18f56aa8038f7ba597](http://www.literaturport.de/index.php?id=26&user_autorenlexikonfrontend_pi1[al_aid]=992&user_autorenlexikonfrontend_pi1[al_opt]=2&cHash=fb0138ed2e7f8a18f56aa8038f7ba597)

4 http://www.brooklynmuseum.org/eascfa/feminist_art_base/gallery/tanja_ostojic.php?i=1360

– ebenfalls in einer Performance – wieder scheiden ließ. Hier werden politische Vereinbarungen und Handlungsfelder als künstlerische Methoden eingesetzt, um auf Missstände hinzuweisen.

Nicht angepasst

Eine jüngere Künstler_innengeneration, der viele Migrant_innen angehören, hat ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft verändert und uminterpretiert und ist so exemplarisch für politische Auseinandersetzungen mit einer Mehrheitsgesellschaft, die sich den neuen Realitäten¹ stellen muss. Kinder aus migrantischen Familien, die in Europa geboren sind und die hiesige Sprache als Muttersprache sprechen, fügen sich nicht mehr in die Rolle der assimilierten und brav integrierten Migrant_innen, sondern beteiligen sich aktiv am Diskurs um das kulturelle, politische und soziale Miteinander.

Frei im Sinne des Philosophen Ernst Cassierers stellen sie die Vorstellung einer statischen Idee und Verabsolutierung von Kultur in Frage. *„Kultur ist kein einfaches Geschehen, kein ruhiger Ablauf, sondern ein Tun, das stets von neuem einsetzen muss und das seines Ziels niemals sicher ist [...] Alles was sie aufgebaut hat, droht ihr immer wieder in den Händen zu zerbrechen.“* Und so tragen die heutigen Kulturrewandler dazu bei, dass eine vermeintliche Idee von Kultur durch die neu hinzugekommenen Aspekte unseres gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Zusammenlebens ständig aufs Neue in Frage gestellt wird.

SU-RAN SICHLING (1978) studierte Kunst an der Hochschule für Bildende Künste. Bis 2012 ist sie Meisterschülerin bei Professor Martin Honert. Im Moment studiert sie Kulturjournalismus in einem Masterstudiengang der Universität der Künste Berlin. Ihr besonderes Interesse liegt auf alternativen künstlerischen Strategien zur Sichtbarmachung von (migrantischen) Randgruppen. Kunst ist hier ein Ausdrucksmittel für Themen, die sich im öffentlichen Diskurs behaupten müssen.

¹ <http://www.eurozine.com/articles/2011-07-29-chin-de.html>

Vanessa

Vu

Kunst für Menschenrechte *Kurdistan, oh Kurdistan*

*Weil Wirya Budaghi sich mit seiner politischen Kunst im Iran in Lebensgefahr brachte, flüchtete er nach Deutschland. Hier will er seine Menschenrechtsarbeit fortsetzen.
Das Portrait eines vertriebenen Künstlers.*

Es riecht nach Fisch. Gebratenem Fisch. Der Geruch zieht sich durch alle Stockwerke des Asylheims, kriecht durch die Zimmertüren, setzt sich in den Matratzen und Bettbezügen der Heimbewohner fest und fliegt durch die offenen Fenster auf den großen Parkplatz, auf dem kein Auto steht. Ein Asylheim in einem entlegenen Ort in Bayern.

Wirya Budaghi gab Schleusern insgesamt fünfzehntausend Dollar, um hier zu landen, im sicheren Europa. Wohin die Reise ging, sagten sie ihm bis zuletzt nicht. Auf fünfundfünfzig Kilo abgemagert sitzt der kurdische Künstler aus dem Iran auf seinem drahtigen Bett, daneben eine Plastiktüte mit der Aufschrift „Patienteneigentum“ und Antibiotikaschachteln darin.

Die letzten zehn Tage lag Wirya wegen einer Erkältung im Krankenhaus nebenan. Das Asylheim, in dem seit 2012 etwa 150 Menschen leben, ist das ehemalige Schwestern- und Pflegeheim. Weil der medizinische Sektor auf dem Land wegrationalisiert wurde und auch die Zivildienstleistenden seit 2011 wegfielen, schrumpfte das Pflegepersonal. Irgendwann

stand das Heim einfach leer. Leer für Asylsuchende wie Wirya.

Kurdistan verließ er in doppelter Hinsicht

„*Ich bin nicht okay*“, sagt er immer wieder. Viel mehr Worte kann der 32-jährige nicht auf Englisch. Seit er hier ist, stimme etwas mit seinem Kopf nicht. Er fasst sich an die Stirn und verzieht symbolisch das Gesicht. Dabei meint er nicht nur die Migräne und die Panikattacken, die ihm seine Ärzte bescheinigten. Obwohl er nicht mehr wie im Iran um sein Leben fürchten muss, fürchtet er das seiner Frau in Kurdistan Zrar. Eine politisch motivierte Flucht sei zu gefährlich gewesen, sagt er, deswegen ging er alleine. Er verließ Kurdistan – in doppelter Hinsicht.

Rückblickend bereut er die Entscheidung. Jeden Tag chattet er mit ihr, ein Telefonat oder gar ein Videogespräch ertragen sie nicht. Vier Monate nach seiner Ankunft in Deutschland ist der Optimismus, dass alles gut werden würde, abgeklungen. Sie machen einander nicht mehr vor, dass sie ihren Alltag im Griff hätten.

Wirya fährt über seine unrasierten Wangen und zeigt auf seinen Körper, als müsste er beweisen, dass er keinen Appetit mehr hat und sich oft selbst vergisst. Obwohl die Temperaturen um den Gefrierpunkt pendeln, trägt er keine Socken, sondern nur Kunststoffsandalen. Das Fenster ist gekippt.

Kunst wie Wasser

An der Tür klopft es. Ein Mädchen mit Zahnlücke und bunten Perlen im Haar bringt ihm einen Teller mit dampfender Bohnensuppe. Weil Wirya noch krank ist, kochen die anderen Heimbewohner für ihn. Verlegen rührt er in seinem Brei und pustet, um ihn abzukühlen. „*Die anderen sind sehr nett zu mir*“, erzählt er. „*Aber das können sie nicht für immer machen, und ich kann nicht kochen.*“ Mit seiner Frau hatte er gerne gekocht, aber alleine bringe er nichts Genießbares zustande. Nicht

nur deswegen hofft er, dass sie bald nachkommen kann. In der Heimat könnte ihr jederzeit etwas zustoßen.

Wirya wuchs im kurdischen Teil Irans in einer politisch aktiven und linksliberalen Familie auf. Er war es gewohnt, verfolgt und bedroht zu werden. Er erlebte den Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabdscha 1988 mit über 5.000 Todesopfern mit; außerdem ethnische Repressionen und Hinrichtungen von Gleichgesinnten wie der des kurdischen Lehrers und Menschenrechtsaktivisten Farzad Kamangar.

Dennoch hielt Wirya seine politische Meinung als Künstler nie zurück. Am liebsten trat er mit Installationen oder Performances an die Öffentlichkeit. „*So wie andere Menschen Wasser brauchen, brauche ich Kunst. Kunst für Menschenrechte.*“

Eines der letzten Projekte Wiryas fand in Mauwnan an der Grenze zwischen Iran und Irak statt. Es brachte ihn, wie schon so oft, in das Visier des iranischen Staates. Im September 2011 fuhr er mit seiner Frau, die ihn bei den meisten seiner Projekte unterstützt, und einem Fernsichteam in ein Dorf, das leicht abseits vom Krisenherd liegt. Der Krieg, sagt Wirya, ist dort Alltag, weil die Menschen jederzeit von Bomben getroffen werden können. Während die Erde gelegentlich von Angriffen auf die umliegenden Dörfer bebte, bemalte er mit den Kindern aus dem Dorf nach dem Motto „*Art against War*“ die Mauerreste. „*Do not kill our children*“ und „*No war*“ schrieben sie mit dicken Pinseln darauf, verzierte mit Tauben und anderen Friedenssymbolen. Die Eltern waren froh, dass jemand ihre Kinder beschäftigte. Viele Nachbardörfer wurden bereits dem Erdboden gleich gemacht, und Abwechslung von der Angst tue allen Bewohnern gut. Die Kinder leben noch.

Wirya hat eine Schwäche für Schwache. Wie ein Scheinwerfer wollte er mit seiner Kunst auf Missstände deuten, damit alle Welt sie sieht. Immer wieder kamen aber Staatsbeamte aus

dem Schatten und setzten ihn unter Druck. Schon lange führten sie über ihn Akte und befragten Personen aus seinem Bekanntenkreis nach seinen Aktivitäten und seinem Aufenthaltsort. Die letzte Befragung dauerte zwei Wochen, ohne dass man währenddessen von der Person hörte, geschweige denn wusste, wo sie war. Was in dieser Zeit geschah, traute sich Wirya nicht zu fragen. Er konnte es sich denken – und floh, um das Schicksal weiteren Leuten zu ersparen. Wirya ist vorsichtig, Namen zu kennen. Aber ihm ist wichtig, dass hier sein richtiger Name steht, auch der seiner Frau. Er stehe zu seiner Arbeit und will nun vom Ausland aus für die Freiheitsrechte seines Volkes kämpfen.

Im Asylheim fühlt er sich isoliert und zerstreut

Jetzt aber könne er nicht denken. Zwar hat er sich von den Fesseln der Zensur befreit, „*aber ich bin nicht okay*“. Im Asylheim fühlt er sich unfähig zu arbeiten. Zu sehr sorgt er sich um

Kurd_innen im Iran und Irak:

Im Iran leben etwa 12 Millionen Kurdischen und Kurden. Das sind rund 15 Prozent der Bevölkerung. Sie stellen eine ungewünschte Minderheit dar und wohnen überwiegend in der nördlichen Provinz Kurdistan und angrenzenden Gebieten im Irak und in der Türkei. Bei der Wahrnehmung ihrer religiösen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte werden Kurd_innen seit Jahrzehnten diskriminiert. Die schlimmsten Massaker haben der ehemalige irakische Diktator Saddam Hussein und sein Cousin Ali Hassan al-Madschid, auch bekannt als „Chemie-Ali“ zu verantworten: Sie wurden 2006 mehrfach wegen Völkermords an nordirakischen Kurd_innen verurteilt. Insgesamt wurden etwa 180.000 Kurd_innen getötet und 4500 Dörfer zerstört. Insbesondere der Giftgasangriff am 16. März 1988 auf die Stadt Halabdscha ging in die Geschichte ein. Etwa 5.000 Bewohner_innen starben qualvoll, tausende erlitten schwerste Verletzungen, die den späteren Tod oder dauerhafte Schäden verursachten. Mit dem Angriff wollte das irakische Regime die Stadt für ihre Sympathie mit dem Kriegsgegner Iran bestrafen.

seine Frau. Zu verzweifelt wartet er auf eine Aufenthaltsgenehmigung vom bayerischen Staat. Zu wenig kann er sich mit seinem Arabisch sprechenden Zimmernachbarn austauschen. Zu langsam ist sein mobiles Internet, um sich mit Youtube-Clips abzulenken.

Das Leben in Europa hatte er sich anders vorgestellt. Wirya kramt sein kleines, schwarzes Notizbuch heraus: „*Das ist ein bayerischer Mann*“, lacht er und zeigt auf ein grimmiges, beleidigtes Gesicht. Es ist eine selbst gezeichnete Karikatur. Er blättert um. „*Und das ist eine bayerische Frau*“. Zu sehen ist eine ebenso grimmige, faltige Frau mit hängenden Backen. Er schüttelt grinsend den Kopf, so wie es Menschen tun, wenn sie von alten Zeiten sprechen.

Er hat viele weitere Skizzen in seinem Buch. Skizzen und kleine, abgerissene Zettel mit Telefonnummern und Adressen. Sorgfältig verstaut er das Buch wieder in einer Notebooktasche, zusammen mit seinem Stift, den er nochmal kurz hochhebt. „*Das ist Problem*“, sagt er. Immer, wenn er sich einen Stift kauft, verschwindet er aus unerfindlichen Gründen. „*Das ist ein großes Problem.*“

Mit seiner Kunst brachte er Menschen zum Weinen

Dabei zeichnet er nicht mal besonders gerne. „*Meine Professoren haben mich immer gezwungen, Gesichter zu zeichnen. Ganz präzise. Aber das ist keine Kunst*“, glaubt er. Kunst ist für ihn ein Dialog, ein Experiment, eine Ausdrucksform. Eine Möglichkeit, Menschen außerhalb von Politikerphrasen zu erreichen und zu berühren. Einmal besuchte er mit Kurdistan ein Frauengefängnis im kurdisch-irakischen Erbil. Frauengefängnisse sind, anders als Frauenschutzhäuser, hochbewachte Gelände, in welchen aus verschiedensten Gründen verurteilte Frauen ihre Strafen absitzen. Viele Frauen sind jedoch freiwillig hier, weil das Gefängnis der letzte Ort ist, an dem sie nicht um ihr Leben fürchten müssen. Denn wenn ein rasender Ehemann oder Bruder eine Frau umbringen will, dann lässt er

sich nicht von einer Eingangstür mit der Aufschrift „Frauenschutzhaus“ davon abhalten.

Ziel des Besuches war ein Dialog: Das Künstlerpaar ließ die verstoßenen Frauen auf einen Zettel ihre Gedanken für die Außenwelt aufschreiben. Die Zettel verteilten sie dann auf dem Marktplatz an Passant_innen. Das Video der Aktion zeigt die Ergriffenheit der Leute beim Lesen. Schließlich sollten die Passant_innen Antworten schreiben oder malen, und zwar auf ein Zelt, das Schutz symbolisieren soll. Sie schrieben, dass sie mit den Frauen weinen würden und dass sie sich wünschen, dass diese Frauen mit ihnen in der Mitte der Gesellschaft verweilen könnten. Die Botschaften brachte er zurück in das Gefängnis.

Ob die Polizei bei der Aktion Ärger machte? „Nein, die Polizei ist nicht das Problem im Irak. Im Iran schon, aber im Irak sind es die konservativen Bürger, die solche Aktionen boykottieren und einen auf offener Straße angreifen“, erklärt Wirya. Während er die Fotos von seinen Aktionen zeigt, schwelgen seine Augen in Erinnerungen und er lächelt stumm in sich hinein. „Das ist mir sehr, sehr wichtig“, ergänzt er dann, „Man kann die Menschen durch nichts weiter öffnen, als durch Kunst.“

Ein Zurück gibt es nicht mehr

Jeden Nachmittag geht Wirya seitdem er hier ist in die örtliche Bücherei, um Kinderbücher durchzublättern und deutsche Worte zu verinnerlichen. Manchmal leiht er sich DVDs, um die Sprache in seinen Kopf zu bekommen. Seit einer Woche gibt es sogar einen Deutschkurs für die Asylanten, außerdem fand sich eine hilfsbereite Schülerin, die ihm einmal pro Woche kostenlosen Deutschunterricht gibt.

Sein Wunsch ist es, so schnell wie möglich Deutsch zu lernen, sich mit politischen Künstler_innen in Deutschland zu vernetzen und vielleicht nach München zu ziehen. Dort hat er ein paar Freunde bei Amnesty International und könnte

wieder Kunst studieren. Wie in Erbil, wo er zuletzt mit seiner Frau lebte, könnte er sich freien Projekten widmen und unterrichten. Fuß fassen. Vom Niemand zum Jemand werden. Ein Zurück gibt es schließlich für politisch Geächtete wie ihn nicht mehr. Deutschland ist sein neues Zuhause.

Wirya isst einen letzten Löffel Suppe, dann schiebt er den noch halb vollen Teller zur Seite. „Ich kann das nicht. Das ist nicht so einfach für mich“, sagt er. Es wird nicht das letzte Mal sein, dass er diese Sätze spricht. Die Sonne geht langsam unter. Wieder wird er einen einsamen Abend verbringen, sich von Sorgen über Kurdistan zerfressen lassen und warten.¹ Auf sie, auf eine Aufenthaltsgenehmigung, auf das Ende des Fischgeruchs, auf eine lebenswerte Zukunft. Vielleicht werden es Tage sein, vielleicht Wochen, vielleicht auch Jahre. Niemand kann es ihm sagen.

VANESSA VU (20) studiert an der Ludwig-Maximilians-Universität im 4. Semester Ethnologie und Völkerrecht. Wirya Budaghi traf sie bei einer Ausstellung für zeitgenössische Kunst und plant mit ihm eine Live Performance für eine Amnesty International Kunstauktion am 15. Juli in München.

¹ <http://www.taz.de/Fluechtlinge-ausIran/!65859/>

MID-DOSSIERS

Die MID-Dossiers erscheinen als Online-Dossiers, zu finden unter:

<http://www.migration-boell.de/web/sonstige/747.htm>

Die Dossiers können auch als pdf heruntergeladen werden.

MIGRATION

DOSSIER Grenz- statt Menschenrecht? Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa

DOSSIER Transnationalismus & Migration

DOSSIER Mobility and Inclusion – Managing Labour Migration in Europe

DOSSIER Border Politics - Migration in the Mediterranean

DOSSIER Migration & Entwicklung

DOSSIER European Governance of Migration

DOSSIER Leben in der Illegalität

DOSSIER Europa 2007: Chancengleichheit für alle!

INTEGRATION

DOSSIER Altern in der Migrationsgesellschaft

DOSSIER Zuhause in Almany – Türkisch-deutsche Geschichten und Lebenswelten

DOSSIER Politische Partizipation & Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft

DOSSIER Öffnung der Hochschule – Chancengerechtigkeit, Diversität, Integration

DOSSIER Muslimische Gemeinschaften zwischen Recht und Politik

DOSSIER Bis in die dritte Generation? Lebensrealitäten junger Migrantinnen

DOSSIER Herkunft als Schicksal? Hürdenlauf zur Inklusion

DOSSIER Migration & Gesundheit

DOSSIER Migrationsliteratur - Eine neue deutsche Literatur?

DOSSIER Starke Jugend - Lebenswelten junger MigrantInnen

DOSSIER Religiöse Vielfalt & Integration

DOSSIER Der Nationale Integrationsplan auf dem Prüfstand

DOSSIER Muslimische Vielfalt in Deutschland

DOSSIER Wirtschaftliche Potenziale von Migration & Integration

DOSSIER HipHop zwischen Mainstream und Jugendprotest

DOSSIER Multikulturalismus: Vision oder Illusion?

DOSSIER Fußball & Integration

DIVERSITY

DOSSIER Positive Maßnahmen – Von Antidiskriminierung zu Diversity

DOSSIER Rassismus & Diskriminierung in Deutschland

DOSSIER Ethnic Monitoring - Datenerhebung über oder mit Minderheiten?

DOSSIER Politics of Diversity

DOSSIER Medien und Diversity

DOSSIER Managing Diversity - Alle Chancen genutzt?

DOSSIER Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

DOSSIER Schwarze Community in Deutschland